

# Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 14. Dezember 1962

Blatt 2756

## Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

### Vor gigantischen Bauaufgaben

=====

14. Dezember (RK) Am sechsten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Heller (SPÖ). Er führte aus:

"Ich kann wieder mit Genugtuung und ein klein wenig Stolz berichten, daß es dem Stadtbauamt auch im Jahre 1962 gelungen ist, die ihm vom Gemeinderate gestellten Aufgaben zu erfüllen. Nur zwei Projekte, nämlich die Eindeckung des Theresienbades und der Bau des Floridsdorfer Hallenbades konnten nicht in Angriff genommen werden. Beim Floridsdorfer Hallenbad konnte der Baugrund nicht rechtzeitig freigemacht werden und die Arbeiten beim Theresienbad verzögerten sich, weil bei der öffentlichen Ausschreibung nur ein einziges Anbot abgegeben wurde. Mit den Arbeiten an beiden Projekten wird allerdings in Kürze begonnen werden. Demgegenüber wurden im Laufe des Jahres einige größere, nicht im Voranschlag vorgesehene Arbeiten zusätzlich in Angriff genommen.

Die großen Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung des Bauprogrammes entgegenstellten, waren auch im Jahre 1962 nicht geringer als in den Vorjahren. Trotz weitgehender Rationalisierungsmaßnahmen sind auf vielen Baustellen zu wenig Arbeitskräfte und es mutet oft wie ein Wunder an, wenn trotzdem bei den meisten die

vereinbarten Termine gehalten werden konnten; in manchen Fällen ist es sogar gelungen, gestellte Termine zu unterschreiten.

#### "Die Preise hoch ....."

Ein Teil unserer Unternehmer scheint allerdings nach wie vor auf dem Standpunkt zu stehen, im Bau- und Baunebengewerbe müsse nach dem Grundsatz "die Preise hoch, die Reihen dicht geschlossen" kalkuliert werden. Dies führte neben einer Reihe anderer Ursachen auch in diesem Jahre zu weiteren Preissteigerungen.

Eingehende Erhebungen auf dem Gebiete der Baupreisentwicklung haben ergeben, daß die Baupreise seit 1956 stärker steigen als die offiziellen Lohnerhöhungen. Die Ursache hierfür liegt angeblich in den sogenannten "grauen Löhnen".

Im Jahre 1962 ist jedoch eine weitere rapide Steigerung der Baupreise eingetreten, für die nicht nur die "grauen Löhne" verantwortlich gemacht werden können. So waren in Einzelfällen Steigerungen von 25 bis 30 Prozent zu verzeichnen.

Interessant ist die Auswertung der Angebotsergebnisse unter Beachtung auf die jeweiligen Erhöhungen in den einzelnen Arbeitskategorien. So halten sich die weniger lohngelundenen Gruppen wie: Erdarbeiten, Gerüstung und Stahlbetonarbeiten im Rahmen der Lohnerhöhungen, während die wesentlich lohnintensiveren Baumeisterarbeiten ungefähr die gleiche Steigerung wie die Gesamtangebote zeigen.

Die Baustellenregie, die Gruppe, bei der unter anderem die diversen Baumaschinen verrechnet werden, zeigt hingegen eine enorme Steigerung. Während die Gesamtangebote von 1954 bis 1962 auf das rund 2.3fache gestiegen sind, erreicht die Baustellenregie in dem gleichen Zeitraum fast den siebenfachen Wert. Selbstverständlich sind in der Baustellenregie die Neuanschaffungen von Baumaschinen enthalten, die die Firmen anscheinend in viel zu kurzer Zeit abschreiben wollen. Da der vermehrte Einsatz dieser Geräte einen geringeren Bedarf an Arbeitskräften erfordern sollte, müßten eigentlich die Preise für die übrigen Arbeitsgruppen relativ gesehen sinken, was leider nicht der Fall ist.

Offiziell kam es im Jahre 1962 nur bei einzelnen Sparten der Bauwirtschaft, und zwar im Frühjahr, zu kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen und zu Erhöhungen des Urlaubszuschusses und der Weihnachtsremuneration. Dementsprechend ist der von der Bauinnung errechnete Baukostenindex nur um rund 6.8 Prozent gestiegen. Tatsächlich sind allerdings, wie ich bereits erwähnt habe, Steigerungen von 25 bis 30 Prozent eingetreten.

#### Gegenmittel: Rationalisierung

Was wir als Bauherr tun können, um die Bauausführung möglichst rationell zu gestalten, wird getan. Wir bemühen uns vor allem möglichst umfangreiche zusammenhängende Bauvorhaben zu projektieren, denn je größer diese sind, desto wirtschaftlicher läßt sich der Bau ausführen und desto mehr rentieren sich die allfällig notwendigen Aufschließungskosten. Diese Aufschließungskosten können noch vermindert werden, wenn die betreffenden Arbeiten, zum Beispiel die Herstellung der Einbauten und die Geländeaufschließung durch Straßen, noch vor dem Beginn der Hochbauten vorgenommen werden. Wo das nur halbwegs möglich ist, arbeiten wir bereits nach diesem System. Wir haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht.

Neue Baumethoden, Bauweisen und Baustoffe werden ständig an uns herangetragen. Dabei wird oft auf Erfolge im Ausland hingewiesen. Tatsächlich muß man zugeben, daß es auf dem Gebiet des Bauwesens noch sehr viel zu erfinden, zu verbessern und zu rationalisieren gibt. Alles, was uns erfolgversprechend erscheint, wird jedenfalls geprüft und womöglich versucht.

Für den sozialen Wohnungsbau liegt jedoch nach meiner Meinung die Zukunft nur in der Industrialisierung und serienmäßigen Erzeugung. In dieser Erkenntnis haben wir nach eingehenden Vorbereitungsarbeiten im Jahre 1962 mit der Produktion von Montagebauwohnungen begonnen.

Um die Aufrechterhaltung der Bautätigkeit auch im Winter zu gewährleisten, wurden die bisherigen Winterbaumaßnahmen fortgesetzt. Durch diese intensiven Vorkehrungen wurde ein wesentlicher Beitrag zur kontinuierlichen Beschäftigung im Baugewerbe geleistet.

Schwierige Sanierungsmaßnahmen

Wir erhoffen uns von der Bundesregierung und vom neugewählten Nationalrat auch gesetzliche Maßnahmen zur Bodenbeschaffung und Assanierung und mehr Mittel für die Aufschließung von Bauland; denn baureife Grundstücke sind nach wie vor Mangelware.

Fast alle Bauvorhaben der Stadt Wien erfordern die vorherige Freimachung der hierfür benötigten Grundflächen. Jeder Wiener Bürger, der sich der mit Holzbuden verschiedenster Art bebauten Grundflächen im Bereich der Jägerstraße und Stromstraße im 20. Bezirk erinnert, die mit einer großen Zahl verschiedenartiger gewerblicher Betriebe besetzt waren und nun die auf diesen Grundflächen in den letzten Jahren errichteten Wohnhausanlagen der Stadt Wien betrachtet, wird zu dem Schluß kommen müssen, daß hier die echte Sanierung eines bisher vernachlässigten Stadtteiles durchgeführt wurde. Kaum einer aber fragt darnach, welcher schwieriger Verhandlungen und Vereinbarungen es bedurft hat, um mit den Betriebsinhabern ohne Rücksicht auf die vorhandenen gerichtlichen Räumungstitel zu einer Vereinbarung über die Räumungsmodalitäten und die damit verbundenen freiwilligen Absiedlungsbeihilfen der Stadt Wien zu gelangen. In sehr vielen Fällen derartiger Absiedlungen würden die Betriebsinhaber bei Ausnützung der gerichtlichen Räumungstitel ihre Existenzgrundlage verlieren, da sie in den meisten Fällen wirtschaftlich nicht in der Lage wären, die mit der Umsiedlung verbundenen, meist sehr kostspieligen Aufwendungen aus eigenem zu tragen. Die Stadtverwaltung geht bei allen Absiedlungen so behutsam vor, daß in weit über 800 Absiedlungsfällen gewerblicher Betriebe seit 1945 in keinem Falle gerichtliche Zwangsmittel eingesetzt werden mußten und jeder Einzelfall im Wege von freien Vereinbarungen gelöst wurde.

./.

"Steuern" für Kindergärten

Mit dieser nach sozialen Gesichtspunkten ausgerichteten Absiedlungspolitik der Stadt steht die Besteuerungspolitik des Bundesministeriums für Finanzen in einem krassen Gegensatz. Die von der Stadt Wien aus sozialen Gründen freiwillig gewährten Übersiedlungsbeihilfen sind nach Ansicht der Finanzbehörden sowohl einkommensteuer- als auch umsatzsteuerpflichtig. Das bedeutet letzten Endes, daß die Stadt Wien, um die in ihrer Existenz gefährdeten Betriebe nicht allzu sehr zu belasten, in irgend einer Form auch diese Steuerbelastung bei der Bemessung der Absiedlungsbeihilfen berücksichtigen muß. Die Stadt Wien muß daher Mehrbelastungen zugunsten des Bundes aus Anlaß von Maßnahmen, die im öffentlichen Interesse erforderlich sind, auf sich nehmen. Auf diese Weise hebt der Bund indirekt von der Stadt Wien Steuern dafür ein, daß die Stadt Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Spitäler, Straßen und Erholungsflächen errichtet, wahrlich ein völlig unhaltbarer Zustand, der einer raschen Abhilfe bedarf.

Einen Vorfall möchte ich zum Anlaß nehmen, um den Gemeinderat zu informieren, mit welchen unsauberen Methoden versucht wird, die Arbeit jener Dienststellen, die mit der Freimachung von Straßengründen zu tun haben, nicht nur wesentlich zu erschweren und zu verzögern, sondern sie auch vor der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen.

Ich zitiere den Fall eines Gasthauses im 19. Bezirk in der Gunoldstraße, in dem S-förmig gekrümmten Stück zwischen Stadtbahnunterführung und Heiligenstädter Brücke.

Bereits im Jahre 1950 hat die Baubehörde den Auftrag gegeben, das Gasthaus zu räumen, da es nach dem Krieg ohne Baubewilligung wieder instandgesetzt wurde, obwohl es auf Straßengrund steht. Die Stadt Wien hat in wiederholten Verhandlungen seit Oktober 1960 den Liegenschaftseigentümern Anbote für den Erwerb der Liegenschaft und des Gasthauses gemacht. Die Eigentümer blieben bei ihrer Weigerung, obwohl schließlich von der Stadt eine Entschädigung in der Höhe von 700.000 S und zwei Ersatzwohnungen angeboten worden waren.

Infolge der hartnäckigen Weigerung der Eigentümer mußte nach 1 1/2 Jahren erfolgloser Verhandlungen das Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Interessant ist, daß in diesem gerichtlichen Verfahren durch den beeideten Sachverständigen eine wesentlich niedrigere Entschädigung festgesetzt wurde, als die Gemeinde Wien vorher geboten hatte. Damit richtet sich wohl von selbst nicht nur das Verhalten der Eigentümer, sondern auch jener Wiener Tageszeitung, die am 9. Oktober 1962 eine vollkommen unrichtige Schilderung des Falles unter dem Titel: "Rathausbürokratie ohne Mitleid" veröffentlichte, die noch dazu persönliche Angriffe gegen den Stadtbaudirektor enthielt, die jeder Grundlage entbehren.

#### Die Tätigkeit der Stadtplanung

Nach der Beschlußfassung des Gemeinderates über die 11 Grundsätze des städtebaulichen Grundkonzeptes im November vorigen Jahres mußte sich die stadtplanerische Arbeit in diesem Jahre in zunehmendem Maße auf die mit der Verwirklichung des Grundkonzeptes zusammenhängenden Fragen aller Art konzentrieren. Dabei mußte schon bei den Planungsarbeiten eine gewisse Reihung nach der Dringlichkeit beachtet werden. Die Planungsarbeit mußte dort einsetzen, wo die Wahrscheinlichkeit einer baulichen Entwicklung am größten ist, das ist dort, wo die Differenz zwischen dem Bestand und der jetzt zulässigen baulichen Nutzung am größten ist.

Bekanntlich leidet die Stadt seit vielen Jahren unter einer zunehmenden Raumnot und die Gefahr, daß die weitere bauliche Entwicklung wertvollste Landschaft und Erholungsgebiete, oder aber wertvolles kulturelles Erbe zerstört, muß abgewendet werden. Diese Überlegungen wurden auch durch die ersten Ergebnisse einer in Arbeit befindlichen "Flächenbilanz" der Stadt bekräftigt. Diese "Flächenbilanz" hat gezeigt, daß in den locker bebauten Gebieten im Westen von Nußdorf über Hietzing bis Liesing, nur noch geringe Baulandreserven vorhanden sind, die, selbst wenn alle baureifen Grundstücke auf den Markt kämen, kaum für die Wohnbautätigkeit von drei Jahren ausreichen.

In der nächsten Zeit wird es eine der wichtigsten Aufgaben der Stadtplanung sein, dieses Bild der zwangsläufig sich ergebenden Entwicklung nun auch in seiner Größenordnung und in seinem zeitlichen Ablauf möglichst genau auszuarbeiten. Mit anderen Worten: Wenn die Planung bisher vorwiegend räumlich, also dreidimensional war, kommt jetzt gewissermaßen als vierte Dimension die Zeit und als fünfte Dimension die wirtschaftliche Seite der Planung bzw. die Dringlichkeitsreihung dazu.

Im Zuge der Arbeiten am städtebaulichen Grundkonzept ergab es sich, daß die Bestimmungen des I. Abschnittes der Bauordnung für Wien über die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne sowie die Bestimmungen des VIII. Abschnittes über die bauliche Ausnützbarkeit der Bauplätze unbedingt einer grundlegenden Revision bedürfen. Diese Abänderungen sollen im Rahmen einer großen Bauordnungsnovelle vorgenommen werden, deren Abfassung und spätere Beschlußfassung durch den Landtag naturgemäß einen längeren Zeitraum erfordern wird.

Die städtebauliche Planungstätigkeit bedarf natürlich zu ihrer vollen Wirksamkeit einer Koordination mit den Planungen des Landes Niederösterreich und der angrenzenden Ortsgemeinden. Wichtige, die Stadt Wien und ihr Umland betreffende Fragen wurden wieder im Planungsausschuß Wien - Niederösterreich beraten. Zu vollem Einvernehmen ist es bezüglich der Planung im Hafengebiet von Albern gekommen. Für den Schutz und den Ausbau des Naherholungsgebietes der Wiener, den Wiener Wald, wurden einige Maßnahmen erörtert, die in Zukunft alle unerwünschten Eingriffe in den Grünbestand dieses Gebietes wirksam hintanhaltend werden.

Die mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft begonnene Zusammenarbeit im Arbeitskreis "Wirtschaft und Stadtplanung" wurde im Jahre 1962 sehr erfolgreich fortgesetzt.

#### 2.528 Millionen für Bauaufgaben

Der Voranschlag für das Jahr 1963 sieht neuerdings, sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite eine Erhöhung der Ansätze vor. Auf der Ausgabenseite sind sie größer als auf der Einnahmenseite.

Die Einnahmen steigen um 3,6 Prozent auf 152,404.100 S. Die Ausgaben erhöhen sich um 125,174.400 S auf 1.424,757.100 S, das

sind 9,6 Prozent. Bedauerlicherweise wird ein Großteil dieses Mehrbetrages nicht für echte Mehrleistungen verwendet werden können, weil er den inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen geopfert werden muß.

Die tatsächlich vom Stadtbauamte verbauten Beträge gehen allerdings weit über die bei der Gruppe VI veranschlagten Mittel hinaus, weil das Stadtbauamt bekanntlich auch für alle anderen Verwaltungsgruppen baut.

Insgesamt werden für das Bau- und Baunebengewerbe im Jahre 1963 2.528,035.000 Schilling ausgegeben werden. Das sind um 10,8 Prozent mehr als im Vorjahr.

Für die laufende Erhaltung und Instandsetzung werden allein 328,501.000 Schilling aufgewendet werden.

#### 68.852 fertige Wohnungen

Wieder, wie in den vergangenen Jahren, werden auch im Jahre 1963 die meisten Mittel, nämlich 764,955.500 Schilling für den Wohnungsbau ausgegeben werden. Von diesem Betrag werden für den kommunalen sozialen Wohnungsbau rund 732 Millionen Schilling verwendet werden. 22,5 Millionen Schilling sind für den Wohnhaus-Wiederaufbau vorgesehen und 13 Millionen Schilling werden für Vorbereitungsarbeiten für die nächstjährigen Bauprogramme verwendet. 6 Millionen Schilling sind für die Demolierung städtischer Althäuser und 2,5 Millionen Schilling für die Durchführung von Ersatzvornahmen an Privathäusern vorgesehen.

Mit den vorhandenen Beträgen werden im Jahre 1963 wieder 4.000 Wohnungen in der traditionellen Bauweise und ungefähr 1.000 Wohnungen in der Montagebauweise gebaut werden.

Im Jahre 1962 ist es trotz größter Schwierigkeiten gelungen, in der traditionellen Bauweise das gesteckte Ziel, nämlich die Errichtung von 4.000 Wohnungen zu erreichen. In der Montagebauweise ist eine größere Zahl von Wohnungen knapp vor der Fertigstellung. Auf diesem Sektor konnte die Fertigstellung der vorgesehenen Wohnungsanzahl vor allem infolge Lieferschwierigkeiten nicht erreicht werden. Das Unternehmen hofft aber, das eingetretene Manko im nächsten Jahr aufzuholen.



Mit den im Jahre 1962 fertiggestellten Wohnungen hat die Stadt Wien nach dem zweiten Weltkrieg bis Ende dieses Jahres mit dem Bau von insgesamt 77.039 Wohnungen begonnen, davon sind 68.852 Wohnungen fertiggestellt und 8.187 am Jahresende im Bau.

Die Qualität und Ausstattung der städtischen Wohnungen ist nach wie vor ausgezeichnet. Es ist auch im vergangenen Jahr gelungen, diese Qualität zu halten, ja sie vielleicht da und dort sogar noch zu verbessern.

Bezüglich der Architektur stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Funktion der Wohnungen das entscheidende ist. Schönste und modernste Fassaden sind wertlos, wenn sich dahinter Wohnungen befinden, die nicht den Bedürfnissen ihrer Benutzer gerecht werden. Ich glaube aber, daß es uns gelungen ist, das wünschenswerte Ziel zu erreichen, daß nämlich sowohl die Wohnungen allen Anforderungen entsprechen, als auch der Anblick der Häuser ansprechend ist.

Die zuständigen Dienststellen des Stadtbauamtes sind ständig bemüht, die Bauführungen im sozialen Wohnungsbau wirtschaftlicher zu gestalten. So haben wir für größere Bauvorhaben die vorzeitige Aufschließung vorgenommen. Schon vor Beginn der Hochbauarbeiten wurde das Gelände soweit erschlossen, daß alle Versorgungsleitungen bis zum Hausanschluß fertiggestellt waren und die neu errichteten Straßen bereits für Bautransporte benutzt werden konnten.

Mehr als bisher wurde beim kommunalen Wohnungsbau im abgelaufenen Jahr auch in der traditionellen Bauweise die baumäßige Erzeugung von Fertigteilen eingeführt.

Derzeit beschäftigen wir uns mit der Entwicklung von Fertigeinbaufenstern - bei der 3. Zentralberufsschule wollen wir sogar erstmals in größerem Ausmaße Kunststoffenster verwenden.

Unsere Bauvorbereitungsarbeiten haben im Jahre 1962 ein besonderes Tempo erreicht. Neben vielen Großprojekten wurden 55 Wohnbauprojekte mit zusammen 9.440 Wohnungen geplant. Insgesamt hat das Stadtbauamt im Jahre 1962 an 79 freischaffende Architekten Planungsaufträge vergeben.

Wie alljährlich muß ich auch in diesem Jahre die baufreudige Wiener Bevölkerung bitten, die Bestimmungen der Wiener Bauordnung bei ihren Bauvorhaben strengstens einzuhalten und sich, nicht zuletzt im eigenen Interesse, vor allem bei Bauten am Stadtrand und in der Wiener Landschaft etwas mehr Zurückhaltung aufzuerlegen. Die Wohlhabenheit einzelner Bauherren muß nicht unbedingt durch grottenbahnähnliche Ornamentik und besonders teures, vielfach aber kitschiges Material am neugebauten Haus gezeigt werden.

Ein besonderes Problem, das in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben darf, ist die Lärmplage, unter der die Bevölkerung in immer stärkerem Maße leidet. Die Stadt Wien bemüht sich daher, ihre Wohnhausanlagen möglichst in ruhigen Gebieten zu errichten. Bei der Verfassung der Bebauungsvorschläge werden die Wohnblöcke soweit als möglich von den Straßen abgerückt und im Inneren lärmfreie Fußgängerbereiche geschaffen. Kraftfahrzeugabstellplätze und Jugendspielplätze werden tunlichst an den Rand der Anlagen verlegt.

Bei der Planung der Wohnhäuser selbst wird darauf geachtet, daß in der Regel nur Nebenräume zur Straße zu angeordnet werden. Die Trennwände zwischen den Wohnungen werden anstelle der in der Bauordnung vorgesehenen Stärke von 12 cm mit 25 cm ausgeführt und die Aufzüge wurden in den letzten Jahren in den Spindelraum der Stiegenhäuser verlegt.

Durch Aufbringen moderner griffiger Fahrbahnbeläge wird der Verkehr nicht nur sicherer sondern auch leiser gestaltet. Bei Unterführungen, Fußgängerpassagen usw. werden alle Vorkehrungen getroffen, um eine weitgehende Lärminderung zu erreichen. In immer stärkerem Maße werden auch Akustiker bei der Bearbeitung einzelner Projekte beigezogen.

Selbst die Planung unserer Gärten und die Bepflanzung der Wohnhausanlagen erfolgt im Hinblick auf eine Lärminderung, dient aber gleichzeitig auch der Verbesserung der Luft.

#### Ein Haus in 58 Tagen

Unsere Montagebaufabrik ist, wie ich bereits erwähnt habe, in diesem Jahre in Betrieb gegangen. Die ersten Wohnungen sind fertiggestellt. Was wir angestrebt haben, ist eingetreten.

Die Montage der Häuser erfolgt in verhältnismäßig kurzer Zeit. Für die ersten Objekte haben wir eine Montagezeit von nur 58 Arbeitstagen benötigt. Im Zuge des Innenausbauens und der Baufertigstellung werden dabei in vieler Hinsicht neue Wege beschritten. Dabei wird von der Überlegung ausgegangen, einen möglichst großen Anteil der Arbeiten des Baunebengewerbes gleichfalls vorzufabrikieren und in die Werkstätte zu verlegen. Das wird zum Beispiel schon beim Innenverputz begonnen. Dieser wird nach einem in Schweden entwickelten und erfolgreich erprobten Spritzverfahren aufgebracht. Es entstehen dadurch glatte, weiße Sichtflächen, die keines weiteren Oberflächenputzes mehr bedürfen. Der Anstrich der Türen erfolgt maschinell in einem mehrschichtigen Verfahren auf Polyester-Basis, die Fußböden werden als großformatige vorgefertigte Bodenelemente auf Styropor-Unterlage eingebracht. Die Wandverfliesung in den Bädern und Küchen wird aus einem neuen, auf Asbest-Basis hergestellten verschiedenfarbigen Werkstoff hergestellt - ja sogar für die Zentralheizung wurde ein Heizsystem gewählt, das noch vor der Montage des nächsten Geschosses ausgelegt wird und so die sofortige Temperierung der jeweils fertigen Wohnung ermöglicht.

Für das Montagebauwerk und die umliegenden Wohnungen wird derzeit an einem großen Fernheizwerk mit einer Leistung von 30 Millionen Kilogramm-Kalorien gearbeitet. Wir hoffen, daß die Montagebauwohnungen billiger sein werden, als die in der traditionellen Bauweise errichteten.

#### Institut für Bauforschung

Das über Initiative der Stadt Wien gegründete Institut für Bauforschung hat schon bisher wertvolle Arbeit auf dem Gebiete der Rationalisierung im Bauwesen geleistet. Das Institut hat Arbeiten durchgeführt über "Verbesserte Winterbauhallen", "Einfamilienreihenhäuser" und arbeitet derzeit an Untersuchungen über "Die Heizung im sozialen Wohnungsbau", "Aufzüge im sozialen Wohnungsbau" und "Die Rationalisierung der Fensterherstellung". Auch die Frage der "Einbauten mit Aufschliebungsfertigern" wird derzeit vom Institut untersucht. Gerade diese Arbeit ist für die Stadt Wien im Hinblick auf die bevorstehenden großen Aufschliebungsarbeiten in den Gebieten links der Donau von ungeheurer Bedeutung.

Lichtental und Brauhirschgrund

Mit besonderer Freude kann ich Ihnen heute berichten, daß in diesem Jahr mit zwei seit Jahren besprochenen Assanierungsvorhaben begonnen werden konnte, nämlich mit der Assanierung des Lichtentals und des Brauhirschgrundes. Wir haben die ursprünglichen Assanierungsprojekte umgearbeitet, wobei wir vor allem auf den Bestand und die Eigentumsverhältnisse schon bei der Planung größte Rücksicht genommen haben. Dadurch ist es gelungen, im Lichtental mit den ersten Bauvorhaben bereits zu beginnen. Der Antrag auf Änderung des Flächenwidmungsplanes für den Brauhirschgrund wird dem Gemeinderat in Kürze vorgelegt werden, so daß dann auch dort mit den Bauarbeiten selbst begonnen werden kann.

Ersatzvornahmen

Der schlechte Erhaltungszustand des Wiener Althausbestandes hat im Jahre 1962 25 notstandspolizeiliche Maßnahmen und 550 Ersatzvornahmen im Zuge von Bauaufträgen erfordert. Für Schlichtungsstellen und Gerichte sind bei der zuständigen Magistratsabteilung 4.400 Anträge auf Mietzinserhöhungen mit einer Gesamtsumme von rund 600 Millionen Schilling eingelangt. Davon konnten 4.200 mit einer berichtigten Kostensumme von 460 Millionen Schilling erledigt werden. Die dadurch für die Mieter eingesparten Beträge überschreiten die 100 Millionen-Grenze.

Die Kommission für den Wohnhaus-Wiederaufbau hat im Jahre 1962 sieben städtische Bauvorhaben mit 115 Wohnungen positiv begutachtet. Mit den Bauten selbst wurde bereits begonnen. Derzeit sind beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds noch vier Darlehensansuchen der Stadt Wien für 117 Wohnungen mit einem Darlehensbetrag von 19.9 Millionen Schilling unerledigt. Beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds liegen mit Stichtag vom 1. November 1962 1.251 Darlehensanträge mit einer Gesamtdarlehenssumme von 5.1 Milliarden Schilling, davon aus Wien 573 Anträge mit einem Darlehensbetrag von 2.1 Milliarden Schilling. Aus diesen Zahlen wollen Sie ersehen, daß der Wiederaufbaufonds bei gleichbleibender Praxis noch sehr viele Jahre tätig sein wird.

Andere Bauaufgaben

Ich habe bereits erwähnt, daß das Stadtbauamt auch für alle übrigen Verwaltungsgruppen die baulichen Arbeiten durchführt. Für diese Arbeiten für die Geschäftsgruppen III bis XI wird im kommenden Jahr ein Betrag von 578,495.500 Schilling aufgewendet werden."

Der Referent besprach dann die Aufgaben der Rathausverwaltung, die unter anderem 44 Großveranstaltungen, 65 Kongresse und etliche hundert andere Veranstaltungen zu betreuen hatte.

Die Magistratsabteilung 32 beschäftigt sich unter anderem mit den Maßnahmen, die zu einer Verbilligung von Zentralheizungen führen. Von den Aufgaben der Magistratsabteilung 34 hob der Referent die Betreuung der elektro-medizinischen Einrichtungen in den städtischen Krankenhäusern hervor. In diesem Zusammenhang gab Stadtrat Heller dann einen Überblick über die Krankenhausbauten.

"Die bisherigen Arbeiten beim Allgemeinen Krankenhaus haben leider gezeigt, daß die Bundesstellen sehr verzögernd wirken. Als Beispiel soll nur angeführt werden, daß die Genehmigung einzelner Akten im Magistrat binnen fünf Tagen erfolgte, während die Genehmigung der gleichen Anträge beim Bund einen Zeitraum bis zu 61 Tagen in Anspruch nahm. Diese Verzögerungen sind nicht nur wegen des großen Zeitverlustes bedauerlich, sondern vor allem auch weil hierdurch die Kosten immer mehr steigen. Auch die Arbeiten in der Bauleitung selbst leiden darunter, daß die Vertreter des Bundes zum Unterschied von den Vertretern der Stadt Wien keinerlei Vollmachten besitzen und daher bei ihren vorgesetzten Stellen immer wieder sehr zeitraubende Rückfragen anstellen müssen. Wir hoffen aber, daß das in Hinkunft besser werden wird.

Um wieviel rascher die Arbeiten vor sich gehen würden, wenn die Gemeinde Wien allein als Bauherr auftreten könnte, zeigt das Beispiel des Neubaus der Krankenanstalt Rudolfstiftung. Der Gemeinderat hat erst im Juli 1962 den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, das Spital neu zu erbauen. Trotzdem wurde mit den Arbeiten des Schwesternhauses bereits im November begonnen und auch die Planungsarbeiten für die Heizzentrale und das Hauptgebäude sind so weit fortgeschritten, daß mit dem Neubau der Heizzentrale und weiteren Objekten schon im kommenden Jahr begonnen wird. ./.

Das große Verkehrskonzept

Aus mir nicht ganz erklärlichen Gründen wird auch hier im Gemeinderat anlässlich der Beschlußfassung über einzelne Verkehrsprojekte ab und zu die Behauptung aufgestellt, der Ausbau unseres Verkehrsnetzes sei Stückwerk und basiere auf keinem übergeordneten Konzept. Vielleicht entsteht der Eindruck deshalb, weil dem Gemeinderat jetzt, wie bereits erwähnt, einzelne Projekte zur Beschlußfassung vorgelegt werden und nicht in jedem Falle immer wieder auf die großen Zusammenhänge hingewiesen wird. Natürlich wird auch an den generellen Plänen anlässlich der Detailausarbeitungen ständig gearbeitet. Aber jede einzelne Maßnahme von größerer Bedeutung wird immer wieder mit dem Grundkonzept verglichen und auf dieses abgestimmt.

Bezüglich des öffentlichen Massenverkehrs liegen die Probleme deshalb etwas schwieriger, weil die städtebaulich wünschenswerten Entwicklungen selbstverständlich auch mit den Interessen und Möglichkeiten der Verkehrsbetriebe und auch anderer Verkehrsträger in Wien, vor allem den Österreichischen Bundesbahnen in Einklang gebracht werden müssen. Daß mit den städtischen Verkehrsbetrieben das engste Einvernehmen besteht, ist, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit. Ich habe schon im Vorjahr darauf hingewiesen, daß auch mit den Österreichischen Bundesbahnen Verhandlungen geführt werden. Es wird derzeit überprüft, inwieweit in das Netz der innerstädtischen öffentlichen Massenverkehrsmittel auch bestehende Bundesbahntrassen einbezogen werden können.

Sämtliche Dienststellen sind dauernd bemüht, bei der Detailausarbeitung der Projekte für den öffentlichen und den individuellen Verkehr allen Komponenten der Entwicklung der Stadt, ihrer Wirtschaft und des Verkehrs Rechnung zu tragen.

Das Ziel aller vorgeschlagenen Verkehrsmaßnahmen ist das möglichst günstige Zusammenwirken aller öffentlichen Verkehrsmittel zur notwendigen Steigerung der Leistung und der Reisegeschwindigkeit und daneben dem wachsenden Individualverkehr mehr Verkehrsraum zu schaffen.

383 Millionen für Verkehrsbauten

Im kommenden Jahr werden für Verkehrsbauten und Verkehrsmaßnahmen 383 Millionen Schilling, und zwar 218,2 Millionen Schilling für den Straßenbau und 164,8 Millionen Schilling für den Brücken- und Wasserbau ausgegeben werden. Das ist wenig, so wurde zumindest in der Generaldebatte behauptet und dabei auf die Verkehrsausgaben anderer Städte hingewiesen. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich glaube im Gegenteil, daß das ein sehr hoher Betrag ist, der für den Verkehr in Wien ausgegeben wird und ich muß zu meinem Bedauern sagen, daß die Kapazität unserer Bauwirtschaft, vor allem aber auch der Verkehr in unserer Stadt, der ja durch unsere Verkehrsbauten nicht zum Erliegen kommen darf, ein größeres Bauvolumen auf dem Sektor des Verkehrs kaum zulassen würde.

Im übrigen, weil bei der Generaldebatte auch die Verkehrsaufwendungen deutscher Städte erwähnt wurden: In den deutschen Städten trägt rund 40 Prozent der Kosten für Verkehrsbauten der Bund. Vielleicht könnte diese löbliche Einführung besonders im Hinblick auf das hohe Steueraufkommen der Stadt Wien bei der Mineralölsteuer und beim Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer endlich auch in Österreich Platz greifen. Der Bürgermeister hat sich bereits am 2. Februar 1960 an das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau mit dem Wunsch gewandt, ungefähr 129 Kilometer Wiener Landesstraßen zu Bundesstraßen zu erklären. Nachdem es das Ministerium nicht für notwendig befunden hat, zu dieser Forderung des Bürgermeisters Stellung zu nehmen, hat der Bürgermeister - nach vergeblichen Versuchen auf Beamten-ebene - erneut mit Schreiben vom 18. Mai 1962 das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau aufgefordert, 148,5 Kilometer Wiener Landes- und Gemeindestraßen zu Bundesstraßen zu erklären, wobei von diesen Straßen 50 Kilometer bereits ausgebaut sind und den Bund daher nicht die Neuherstellungskosten, sondern nur die Erhaltungslast treffen würde. Diese Forderung des Bürgermeisters wurde vom Bundesminister für Handel und Wiederaufbau mit der Begründung abgelehnt, man müsse die Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich abwarten, ein Standpunkt, mit dem sich die Stadt Wien keinesfalls einverstanden erklären kann.

Auch der vierspurige Ausbau der Bundesstraße 1 zwischen der Kielmannseggbrücke, bei der Einmündung der Wiental- in die Linzer Straße, und der Rekawinkler Abzweigung, der von der Stadt Wien im Interesse der Wiener Bevölkerung seit langem gefordert wird - ich erinnere Sie an die kilometerlangen Auto-schlängen an schönen Wochenenden auf diesem Teilstück der Bundesstraße 1 - konnte erst nach sehr massiven Forderungen des Bürgermeisters durchgesetzt werden, wobei die Zustimmung zu diesem Ausbau vorläufig nicht auf offiziellem Wege, sondern nur im Wege telephonischer Nachrichten an die Straßenbauabteilung erteilt wurde.

Wenn daher in Hinkunft die Forderung nach mehr Mitteln für Verkehrsbauten in Wien gestellt wird, dann, bitte ich Sie, nicht zu vergessen, diese Forderung vor allem an den Bund zu richten.

Für die Erhaltung unserer Straßen ist ein Betrag von 40 Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Betrag scheint sehr hoch zu sein; er reicht aber tatsächlich kaum aus, um die dringend notwendigen Erhaltungsarbeiten durchzuführen. Der immer stärker werdende Straßenverkehr mit besonders schweren Lasten ist für unsere Straßen ein Unglück. Die Verkehrsbetriebe haben uns vor kurzem ein Verzeichnis jener Straßen zur Verfügung gestellt, in denen Autobuslinien geführt werden und die noch mit Granitwürfeln gepflastert sind. Eine Untersuchung dieser Straßen hat ergeben, daß deren ordnungsgemäßer Ausbau auf die notwendige Tragfähigkeit allein einen Betrag von 160 Millionen Schilling erfordern würde.

Für bauliche Herstellungen wird ein Betrag von 172,7 Millionen Schilling aufgewendet werden. Davon darf ich nunmehr auf einige größere Bauvorhaben kurz hinweisen:

Mit dem Neubau der zweiten Opernpassage und dem Ausbau des Lastenstraßenzuges wird begonnen werden, wobei die Kosten für den Ausbau des Lastenstraßenzuges in der Höhe von zwölf Millionen Schilling als erste Beurate im Voranschlag auf Rubrik 622, Post 52, also nicht beim Straßen-, sondern beim Brückenbau untergebracht sind. Die Befürchtungen, der gleichzeitige Bau dieser beiden großen Verkehrsbawerke sei unmöglich, kann ich zerstreuen.



Beim Bau der Opernpassage wird unter Verwendung einer Pionierbrücke der Straßenbahnverkehr in beiden Richtungen und der Kraftfahrzeugverkehr in der Richtung zum Schottentor ständig aufrechterhalten werden, sodaß nur für die Gegenrichtung eine Ausweichstrecke, voraussichtlich die Elisabethstraße, befahren werden muß. Während der Dauer dieser Verkehrsmaßnahmen, das ist von Mitte Februar 1963 bis Ende Dezember 1963, werden im Zuge der Lastenstraße und an der Kreuzung Mariahilfer Straße - Getreidemarkt nur Baumaßnahmen durchgeführt, die es ermöglichen, den öffentlichen und den Individualverkehr, wenn auch mit gewissen örtlichen Behinderungen, im bisherigen Umfang und in beiden Richtungen aufrecht zu erhalten. Erst mit dem Schließen des Bauwerkes Opernpassage und der Herstellung der Straßenanschlüsse und damit der unbehinderten Verkehrsaufnahme auf der Ringstraße werden im Zuge der Lastenstraße Baumaßnahmen einsetzen, die stärkere Verkehrseinschränkungen und kurzfristige halbseitige Sperrungen des Kraftfahrzeugverkehrs erfordern werden.

Für den Umbau des Karlsplatzes ist im Straßenbaubudget eine erste Baurate vorgesehen. Die Durchführung der geplanten Maßnahmen hängt allerdings von der Bewilligung weiterer Mittel für die Verkehrsbetriebe ab. Auf Wunsch des Finanzreferenten wird das bereits grundsätzlich beschlossene Projekt nochmals überprüft und die Möglichkeit etwaiger weiterer Einsparungen untersucht.

Vorgesehen ist weiter: der Ausbau des Mariahilfer Gürtels von der Linken Wienzeile bis zur Gumpendorfer Straße, der Ausbau der Linken Wienzeile von der Proschkogasse bis zur Hofmühlgasse, der Ausbau der Rexstraße von der Altdorferstraße bis zur Neilreichgasse und der Ausbau der Breitenfurter Straße von der Wienerbergstraße bis zur Altmannsdorfer Straße.

Der bereits begonnene Umbau der Grünbergstraße von der Schönbrunner Straße bis zur Krastlgasse wird fortgesetzt, ebenso der Umbau der Hietzinger Brücke.

Der Ausbau der Donaukanalstraße von der Wasserleitungsstraße bis zur neuen Donaukanalbrücke etwas stromaufwärts der Heiligenstädter Brücke und der Ausbau der Heiligenstädter Straße von der Grinzinger Straße bis zum Nußdorfer Platz sind ebenfalls im Straßenbauprogramm enthalten. ./.

Im Zusammenhang mit den großen Brückenbauten im 20. Bezirk ist der Ausbau der dazugehörigen Straßenzüge geplant, und zwar soll die Adalbert Stifter-Straße von der neuen Donaukanalbrücke bis zum Engelsplatz und die Donaukanalstraße von der Leipziger Straße bis zur dritten Donaubrücke mit allen notwendigen Anschlüssen ausgebaut werden.

An weiteren Straßenbauten sind der Ausbau der Brünner Straße bei der Schnellbahnkreuzung, der Ausbau der Hubertusdammstraße von der Reichsbrücke bis zur Floridsdorfer Brücke, der Ausbau der Prager Straße von der Voltgasse bis zur Autokaderstraße und der Ausbau der Erzherzog-Karl-Straße von der Wagramer Straße bis zur Hartlebengasse vorgesehen.

Mit dem Ausbau der Altmannsdorfer Straße von der Premgasse bis zur Stadtgrenze wird die Sanierung dieser wichtigen Ausfallstraße nach dem Süden abgeschlossen sein.

Noch einige Straßenumbauten: der Umbau der Taborstraße von der Trunnerstraße bis zur Nordbahnstraße, der Umbau der Reinprechtsdorfer Straße von der Bräuhausgasse bis zur Arbeitergasse, der Umbau der Geiselbergstraße von der Nemelkagasse bis zur Sedlitzkygasse, der weitere Ausbau des Flötzersteiges von der Montleartstraße bis zur Spiegelgrundstraße, die Beseitigung der Verkehrsenge in der Wattgasse zwischen Thaliastraße und Ottakringer Straße und hoffentlich auch der Umbau der Gunoldstraße von der Heiligenstädter Straße bis zur Muthgasse. - Der dortige Straßenausbau wurde ja bekanntlich vom Eigentümer eines verhältnismäßig kleinen Grundstückes bisher verhindert.

Ein weiterer wichtiger Straßenzug, mit dessen Ausbau im nächsten Jahr begonnen werden soll, ist die Ketzergasse im 23. Bezirk.

In allen Wiener Bezirken werden wieder Oberflächenbehandlungen durchgeführt und Teppichbeläge auf Fahrbahnen und Gehsteigen ausgeführt werden. Insgesamt sollen 500.000 Quadratmeter Straßen- und Gehsteigflächen auf diese Weise verbessert werden. Ein Betrag von 2.6 Millionen Schilling wird für die Auswechslung von Holzstöckelpflaster verwendet werden.

Im Zusammenhang mit privaten und städtischen Wohnhausanlagen werden ebenfalls zahlreiche Straßenbauarbeiten durchgeführt werden. Für die Fortsetzung der Straßenbauten in den Siedlungsgebieten ist für das kommende Jahr die Befestigung von rund 170.000 Quadratmetern bisher unbefestigter Fahrbahnen vorgesehen.

Auch auf den winzigen Bundesstraßen-Stückerln in Wien sind im Jahre 1963 Bauvorhaben vorgesehen. Die Bundesstraße 1 wird von der Kielmannseggbrücke bis zur Stadtgrenze auf 14 Meter verbreitert. Diese Arbeiten werden gleichzeitig mit der Verbreiterung der Fahrbahn auf niederösterreichischem Gebiet bis zur Rekawinkler Abzweigung durchgeführt.

Auf der Autobahn-West wird mit den Erdarbeiten ab Stadtgrenze bis zum Knoten Auhof begonnen werden. Darüber hinaus soll der Bau der Wientalbegleitstraße in Angriff genommen werden. Auf der Autobahn-Süd werden die Arbeiten für den Zubringer-Triester Straße in Inzersdorf ausgeführt und auch die erforderlichen Brückenbauwerke errichtet.

### Brückenbauten

Dem Straßenbauprogramm des nächsten Jahres reiht sich der Brückenbau würdig an. Für Brückenbauten soll ein Betrag von 164,8 Millionen Schilling aufgewendet werden, davon 11 Millionen Schilling für die bauliche Erhaltung und 142,7 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen.

Auch hier darf ich vielleicht wieder einzelne Großprojekte besonders erwähnen. Es ist dies der Bau der 3. Strombrücke und der Bau der Straßenbrücke in Verlängerung des Döblinger Gürtels zur Adalbert Stifter-Straße. Beide Bauvorhaben sind bereits weit fortgeschritten und werden im nächsten Jahr ihrer Vollendung nahegebracht.

Eine weitere Donaukanalbrücke, das Objekt 140, wird in Verlängerung der dritten Strombrücke nach Nußdorf gebaut. Dazu kommen eine Brücke über die Jedleseer Straße im Zuge der dritten Strombrücke und eine Brücke über die Grünbergstraße im Zuge der Hohenbergstraße. Ein Brückenbauprojekt, das die Unterführung der Breitenfurter Straße unter der Donauländebahn ermöglicht,

zwei kleinere Brücken der Nordwestbahn über die Adalbert Stifter-Straße und Lorenz Müller-Gasse, der Umbau der Spetterbrücke über die Verbindungsbahn im Verlaufe des Straßenzuges Gablenzgasse-Flötzersteig kommen hinzu.

Unsere Brückenabteilung wird auch an einer Reihe von Straßenbauprojekten, so vor allem beim Umbau des Lastenstraßenzuges, beim Weiterbau der Hietzinger Brücke, bei der Unterführung der Ketzergasse unter die Südbahn und bei der Unterführung der Erzherzog Karl-Straße unter die Ostbahn tätig sein.

Für die Unterpflasterlegung der Straßenbahnlinien Zwei im Zuge der Lastenstraße ist die Anwendung neuer Bauverfahren vorgesehen, die die möglichst lange Aufrechterhaltung des Verkehrs auch während der Bauarbeiten selbst gewährleisten.

Für eine Reihe weiterer Vorhaben sind Kosten für die Planung eingesetzt, und zwar für den Umbau der Lobkowitzbrücke, der Philadelphiabrücke und der Straßenbahnunterführung am Gürtel zwischen Flurschützstraße und Südtiroler Platz. Ebenso sind Planungskosten für die vierte Strombrücke im Voranschlag enthalten.

Für den Schutzwasserbau steht ein Betrag von 17,9 Millionen Schilling zur Verfügung; damit sollen die Regulierungsarbeiten im Baulos Atzgersdorf der Liesingbachregulierung beendet und die Fortführung der Eindeckungsstrecke in Liesing bestritten werden. Für das Baulos Liesing-Ost ist eine erste Rate von drei Millionen Schilling vorgesehen. Dieses Baulos reicht von der Marena-Brücke bis zur Südbahnbrücke in Liesing.

Im Zuge der Beseitigung von Hochwasserschäden soll die Sanierung des Erbsenbaches und einer Reststrecke des Schablerbaches und die Pflasterung des Hohlweges in den "Unteren jungen Bergen" in Strebersdorf erfolgen.

Für den Verkehrswasserbau werden insgesamt 11,8 Millionen Schilling aufgewendet, davon sollen in erster Linie Arbeiten in den Hafenanlagen durchgeführt werden.

#### Der Wiener Hafen

Vor einigen Monaten konnte man in den Zeitungen Berichte über eine internationale Konferenz lesen, wonach der Rhein-Main-Kanal schon in wenigen Jahren bis Nürnberg gebaut und schiffbar sein wird. Es klafft dann bis zur Donau nur mehr eine Landbrücke von zirka 102 Kilometer, die das Rhein-Main-System von der Donau trennt.

Diese Strecke ist allerdings terrainmäßig sehr schwierig und erfordert viele Staustufen. Bis wann mit der Fertigstellung auch dieser letzten Strecke gerechnet werden kann, ist daher noch ungewiß. Ein Blick auf die europäische Landkarte zeigt auch dem Laien sofort die große Bedeutung der Schließung dieser Lücke für den Wasserverkehr des Wiener Raumes. Es ist nun einmal unabänderliche Tatsache, daß die Donau in ein Binnenmeer, das Schwarze Meer, einmündet und daher die Verbindung über die Donau zum offenen Meer aus geographischen Gründen nur in einem gewissen Umfang wirtschaftlich rentabel erscheint. Durch eine Wasserverbindung mit dem Rhein-Main-System würde Wien jedoch einen direkten Wasserweg zum europäischen Wirtschaftszentrum im Ruhrgebiet und zur Nordsee erhalten; Wien könnte auf diese Weise viele Nachteile seiner derzeitigen Randlage im freien Europa wieder wettmachen. Dazu kommen noch Nachrichten über die Errichtung des Donau-Oder-Kanales auf polnischem und tschechischem Gebiet. Sollte auch dieser Kanal projektsgemäß in nächsten Jahrzehnt fertiggestellt werden, hätte die Stadt Wien auch mit der Ostsee eine direkte Wasserverbindung.

Alle diese Umstände müssen durch eine vorausschauende und auf lange Sicht berechnete Hafenpolitik der Stadtverwaltung berücksichtigt werden; da hierbei kaufmännische Erwägungen und Möglichkeiten eine überragende Rolle spielen, hat die Stadtverwaltung, wie bereits erwähnt, in diesem Jahr die Wiener Hafengesellschaft gegründet.

#### Hochwasserschutz

Eng verbunden mit der Hafenpolitik ist auch das Bestreben der Stadtverwaltung, einen verbesserten Hochwasserschutz zu schaffen. Das Jahr 1954 hat uns in dieser Hinsicht eine deutliche Warnung gebracht.

Das Stadtbauamt beschäftigt sich daher schon seit Jahren mit dem Schutz unserer Stadt vor jenem höchsten Hochwasser der Donau, das nach allen, über lange Zeiträume angestellten Untersuchungen, mit rund 14.000 Kubikmeter in der Sekunde angenommen werden muß. Das vom Stadtbauamt bereits im Jahre 1957 ausgearbeitete Projekt, das in den letzten Jahren in verschiedenen

Belangen noch ergänzt wurde, sieht die Vergrößerung des Abflußquerschnittes der Donau durch Schaffung eines zweiten Gerinnes im Überschwemmungsgebiet vor, da eine Abfuhr von Hochwässern außerhalb der Hochwasserschutzdämme der Donau im Stadtgebiet nicht in Betracht gezogen werden kann.

Zur Verstärkung des Hubertusdammes, der die Donau im ganzen Gebiet von Wien an ihrem linken Ufer begleitet, ist seine Verbreiterung um etwa 50 Meter vorgesehen.

In diesem Geländestreifen soll vor der beabsichtigten Dammschüttung ein großer Sammelkanal gebaut werden, der alle Abwässer aus dem Gebiet von Floridsdorf und Donaustadt zu einer Kläranlage unterhalb des verbauten Gebietes führen wird.

Neben dem verbreiterten und dadurch in seinem Bestand gesicherten Hubertusdamm soll ein Umflutgerinne mit etwa 140 Meter Sohlenbreite geschaffen werden, das durch zwei Sperrbauwerke an seinem oberen und unteren Ende auf entsprechenden Wasserständen gehalten werden und als ideale Wassersportanlage ausgestaltet werden kann. Vom Donaustrom trennt eine etwa 180 Meter breite hochwasserfreie Grüninsel den Umfluter. Diese Insel gibt nicht nur die Möglichkeit, Erholungs- und Sportanlagen in großem Umfang zu errichten, sie würde auch das derzeit anspruchslose Niemandsland des Überschwemmungsgebietes zu einem städtebaulich erwünschten und überaus reizvollen Bindeglied zwischen dem Wien diesseits und jenseits der Donau werden lassen.

Am rechten Ufer der Donau würde der breite Geländestreifen zwischen Uferkante und der sogenannten "Hochkante" im Zuge der Wehlistraße-Engerthstraße ebenfalls in Zukunft vor jeder Überflutung durch die Schüttung eines durchschnittlich rund drei Meter hohen Dammes an der Uferkante geschützt werden, der landeinwärts mit flach verlaufenden Böschungen vorgesehen ist und zu einem Erholungsgebiet von besonderem Wert als Uferpromenade entlang der Donau ausgestaltet werden würde. Die Widmung des ganzen Geländestreifens zwischen Donau und Handelskai als Grünland-Erholungsgebiet, die vom Gemeinderat bereits durchgeführt wurde, schafft die nötigen rechtlichen Voraussetzungen für den Bau.

Die vorliegenden Projekte werden derzeit von einer eigenen im Ingenieur- und Architektenverein gegründeten Kommission begutachtet und ich hoffe, daß die Entscheidung über ein endgültiges Ausführungsprojekt möglichst bald gefällt werden kann.

Ein weiteres Verkehrsbauwerk, an dem die Stadt Wien beteiligt ist: **der Flughafen in Schwechat.**

Das Verkehrsaufkommen auf diesem Flughafen steigt von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1961 sind insgesamt 187.325 Fluggäste angekommen und 188.619 Fluggäste abgeflogen. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber 1960 von zehn Prozent. 28.259 Starts und Landungen wurden durchgeführt. 74.740 Fluggäste haben die Transiteinrichtungen des Flughafens benützt. Die Luftfracht ist gewaltig gestiegen. Insgesamt wurden 5,890.631 Kilogramm Fracht per Flugzeug nach Wien oder von Wien befördert, dazu kommen noch 868.887 Kilogramm Luftpost. Für das Jahr 1962 wird eine weitere Steigerung in ungefähr gleichem Ausmaß erwartet. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch Maschinen der Österreichischen Luftstreitkräfte in der Zeit von Juli bis September 640mal in Schwechat gelandet sind.

### Die Gärten

Vom Stadtgartenamt werden derzeit unter Ausschluß des Wald- und Wiesengürtels 14,2 Millionen Quadratmeter Gärten und Grünflächen betreut. In diesen Gärten und Grünflächen gibt es 14.000 Gartenbänke, 1.000 Sessel, 222 Tische und 238 sogenannte Pensionistentische. Insgesamt stehen in unseren Gartenanlagen derzeit mehr als 80.000 Sitzplätze zur Verfügung. In 156 Ballspielplätzen können die etwas reifere bereits fußballbegeisterte Jugend und in 38 Kleinkinderspielplätzen mit Spielgärten die kleineren Kinder spielen. In unserer Stadt gibt es 67.000 Allee-bäume und 384 Blumenschalen. Sieben Wienfluß- und Donaukanalbrücken werden vom Stadtgartenamt jährlich mit Blumen geschmückt.

Das Stadtgartenamt wird im kommenden Jahr bei Einnahmen von 9,728.000 Schilling 144,048.000 Schilling ausgeben, davon 8,3 Millionen Schilling für die Erhaltung der Gärten und Grünanlagen und rund 76 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen.

An größeren gärtnerischen Herstellungen ist die Fortsetzung der Ausgestaltung der Donaukanalufer im 2., 3. und 20. Bezirk

vorgesehen, weiter die gärtnerische Ausgestaltung des rechten Donauufers von der Reichsbrücke stromabwärts, die Fortsetzung der Umgestaltung des Schweizer Gartens und die Umgestaltung zweier kleinerer Grünanlagen im 8. Bezirk am Albertplatz und am Bennoplatz. Die Grünanlagen am Praterstern und bei der Votivkirche sollen fertiggestellt werden, ebenso die Grünanlage bei der Strudelhofstiege. Für die weitere gärtnerische Ausgestaltung des Volksparkes am Laaer Berg ist ein Betrag von 1,2 Millionen Schilling im Voranschlag enthalten. Auch die Neugestaltung der Gartenanlage bei der ehemaligen Planierung an der Laxenburger Straße soll fortgesetzt werden. Weitere Arbeiten sind im Wasserpark, am Kahlenberg, an der Alten Donau und am Bruckhaufen geplant. Im Zuge von Verkehrsbauten sind ebenfalls eine Reihe von gärtnerischen Ausgestaltungsarbeiten vorgesehen. Der Kinder- und Jugendspielplatz in der Greinergasse in Döbling wird im nächsten Jahr fertiggestellt werden.

Der größte Betrag, nämlich 45 Millionen Schilling, ist für die Errichtung des Donauparks vorgesehen. Die Auspflanzungsarbeiten gehen termingemäß weiter, und ich glaube schon heute sagen zu können, daß sich unser Donaupark im Jahre 1964 anlässlich der Internationalen Gartenschau in guter Verfassung präsentieren wird. Auch die Hochbauarbeiten im Donaupark, die zum Teil von privaten Gesellschaften durchgeführt werden und die Arbeiten am Donauturm, der nicht mit Wiener Steuergeldern, sondern ebenfalls von einer privaten Gesellschaft errichtet wird, schreiten zügig weiter.<sup>4</sup>

Abschließend erklärte Stadtrat Heller, er glaube ohne Überheblichkeit sagen zu können, daß die Bautätigkeit der Stadtverwaltung von den Wienern positiv beurteilt wird. Er stehe nicht an, vor dem Gemeinderat zu erklären, daß da und dort kleine Fehler geschehen. Aber glaubt man, daß es überhaupt möglich ist, ein Bauprogramm von mehr als 2,3 Milliarden ohne den geringsten Mangel auszuführen? Er könne jedenfalls sagen, daß alle Bediensteten des Stadtbauamtes mit großer Hingabe tätig sind, und dafür wolle er ihnen danken. Man könne versichert sein, daß das Bauamt auch in Zukunft bemüht sein werde, im Interesse der Wiener und ihrer Stadt das Beste zu geben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)



Städtebund-Pressekommission:"Urheberrecht" und "Verschwiegenheitspflicht"  
=====

14. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Obermagistratsrat Dr. Scherbantin, Linz, und Chefredakteur Schneider, Klagenfurt, fand gestern nachmittag im Wiener Rathaus eine Sitzung der erweiterten Pressekommission des Österreichischen Städtebundes statt.

Einleitend sprach Ministerialsekretär DDr. Dittrich vom Bundesministerium für Justiz über Fragen des Urheberrechtes in der Publizistik, wobei er besonders Praxisfälle aus dem kommunalen Pressewesen behandelte.

Einen weiteren Bericht gab Obersenatsrat i.R. Dr. Just, Wien, der die Verschwiegenheitspflicht mit besonderer Betonung der Stellung des kommunalen Pressereferenten in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte.

Über Vorschlag von Dr. Scherbantin wird das Sekretariat des Österreichischen Städtebundes in Hinkunft jene Mitgliedsgemeinden, die dies wünschen, anlässlich der Gestaltung und Herausgabe kommunaler Publikationen beraten. Es wird in diesem Zusammenhang bemüht sein, sich der Mitarbeit von besonders bewährten Fachkräften aus den einzelnen Gebieten der Publizistik zu versichern.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche  
=====

14. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Mittwoch, 19. Dezember:

16 Uhr, Simmering, Enkplatz 2, 1. Stock.

Freitag, 21. Dezember:

16 Uhr, Meidling, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock.

- - -

Neues aus dem Theater an der Wien  
=====Jubiläums-Festkonzert der Mozartgemeinde im Theater an der Wien

14. Dezember (RK) Die Mozartgemeinde Wien veranstaltet anlässlich ihres 50jährigen Jubiläums am 25. Jänner 1963 im Theater an der Wien ein Festkonzert mit den Wiener Philharmonikern unter der Leitung von Dr. Paul Klecki und mit Kammersängerin Irmgard Seefried und Prof. Wolfgang Schneiderhan.

Salzburger Mozarteum-Orchester erstmalig in Wien

Im Theater an der Wien wird das Mozarteum-Orchester Salzburg am 23. Februar 1963 in einem Abendkonzert und am 24. Februar in einem Matineekonzert erstmalig in Wien auftreten. Dirigent der Konzerte ist Hofrat Prof. Dr. Bernhard Paumgartner, zur Aufführung gelangen unter anderem die "Haffner-Symphonie", KV 385, und die "Linzer Symphonie", KV 425, ferner ein Mozart-Klavierkonzert mit Alfred Brendel als Solist und Mozartarien mit einer Solistin, mit welcher gegenwärtig noch verhandelt wird.

"Helden im Theater an der Wien"

Die "Komödie" Basel gastiert am 21., 22. und 23. März mit Shaws "Helden" im Theater an der Wien. In der Inszenierung von Robert Freitag wirken Voli Geiler (als Mutter) und Walter Morath (als Hauptmann Blunschli) - erstmalig als Schauspieler in einem Bühnenstück - mit. Das Österreichische Fernsehen interessiert sich für eine Fernsehübertragung.

Im Theater an der Wien finden nicht statt

Da es den Wiener Symphonikern nicht gelungen ist, für das für 1. Jänner geplante Richard Wagner-Gedenkkonzert - nach der Zurückziehung der Zusage Wolfgang Sawallischs, dieses Konzert zu leiten - einen namhaften Dirigenten zu gewinnen, muß der Plan dieses Konzertes leider fallen gelassen werden. Richard Wagner hat bekanntlich vor 100 Jahren - am 1. Jänner 1863 - im Theater an der Wien ein Konzert dirigiert.

Ferner können die geplanten Gastspiele "Der Leibgardist" von Molnar (mit Hatheyer), "Heinrich IV." von Pirandello (mit

Boy Gobert) und noch einige andere Gastspiele im Theater an der Wien nicht gezeigt werden, da sich die Direktion des Burgtheaters außerstande sieht, den in diesen Gastspielen mitwirkenden Burgtheatermitgliedern eine "Sondergenehmigung" für das Auftreten außerhalb des Burgtheaters zu bewilligen. Auch die von der Direktion des Theaters an der Wien geplanten Gastspiele "Tenthesiles" (mit Maria Becker), "Mandragors-Paris" und des ungarischen Staatsballetts müssen leider entfallen, da es unmöglich war, die für diese Gastspiele benötigten Termine freizubekommen.

#### "Hinter geschlossenen Türen"

Während das Theater an der Wien in den letzten Monaten - entgegen den Wünschen der Direktion - nur viel zu selten seine Pforten auf der Linken Wienzeile öffnen konnte, wurde der Eingang durch das Bühnentürl in der Lehárgasse nahezu ohne Unterlaß benützt. Fast drei Wochen hindurch arbeitete die Walt Disney Production von früh bis nachts im Theater an der Wien für ihren "Johann Strauß-Film" und es besteht berechtigte Hoffnung, daß Walt Disney zu einem späteren Zeitpunkt ein anderes - mit der Geschichte des Theaters an der Wien verbundenes - Thema in diesem historischen Haus verfilmen wird.

In den letzten Wochen war das Theater an der Wien täglich von drei Mietern belegt: vormittags und abends probierte die Staatsoper "Don Pasquale" unter der Regie von Oberspielleiter Paul Hager und nachmittags erklang Wagners "Lohengrin", gespielt von den Wiener Philharmonikern unter Rudolf Kempe, mit prominenten Solisten und dem Wiener Staatsoperchor für Schallplattenaufnahmen der Firma "His masters voice". Außerdem probierte ein internationales Ballett der Carltonfilm-Gesellschaft München - ebenfalls für einen Johann Strauß-Film der für das II. Deutsche Fernsehprogramm gegenwärtig in Wien gedreht wird.

#### Arbeitsprogramm bsi Ende 1963

Ab Anfang Jänner 1963 wird das "Theaterensemble Oskar Werner" Goethes "Tasso" im Theater an der Wien probieren und ab 1. bis 5. Februar zur Aufführung bringen, um anschließend damit auf

Tournee - bis Paris - zu gehen.

Die beiden Bundestheater - Burgtheater und Staatsoper - werden ab Mitte Jänner bis Mitte April vier bis fünf Werke im Theater an der Wien inszenieren und zur Aufführung bringen,

Ab Mitte April bis Mitte Juni 1963 werden die Wiener Festwochen "Herr im Haus" sein. Für die zweite Junihälfte verhandelt die Direktion des Theaters an der Wien gegenwärtig wegen eines sehr interessanten vierzehntägigen Gastspiels.

Im Juli-August 1963 folgen die Produktion und die Aufführungen der "Sommeroperette" (der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien), die im nächsten Sommer "Eine Nacht in Venedig", von Johann Strauß, heißen wird. Die Volksoper wurde eingeladen, die Dr. Otto Fritz - Inszenierung "vom Währingergürtel auf die Linke Wienzeile" zu übertragen.

"My fair Lady" auch in Wien!

Vor einigen Tagen konnte Prof. Fritz Klingenbeck in München mit den Inhabern der Verlagsrechte für "My fair Lady" eine prinzipielle Vereinbarung treffen, daß dieses weltberühmte Musical jedenfalls im Herbst 1963 im Theater an der Wien eine - für einige Monate geplante - Aufführungsserie erleben wird, wobei auf die Wünsche bezüglich Proben und Aufführungen der beiden Bundestheater im Theater an der Wien Rücksicht genommen werden wird. Ob "My fair Lady" als Gastspiel des Theaters des Westens, Berlin, oder aber als eine eigene Produktion für Wien gebracht werden wird, ist Gegenstand der demnächst stattfindenden weiteren Verhandlungen.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debatte über Bauangelegenheiten

GR. Hausner (KLS) verwies auf den ungeheuren Arbeitsumfang, den diese Verwaltungsgruppe zu bewältigen hat, und auf die große Bedeutung, die neben den Verkehrsbauten auch dem Wohnungsbau zukommt. Wir müssen es als skandalös bezeichnen, daß allein von 1951 bis 1961 rund 100.000 Wohnungen in Büros, Werkstätten oder Legeräume umgewandelt wurden. Entgegen den Versprechungen in der Regierungserklärung wurden jährlich nicht 50.000, sondern höchstens 34.000 bis 36.000 Wohnungen errichtet. Dennoch wurden in den letzten Jahren Hunderte von Millionen Schilling in Militärbauten "verbunkert". In den letzten Jahren sind die Baukosten um rund 40 Prozent gestiegen, während die vom Bund für den Wohnbau zur Verfügung gestellten Mittel um nicht einmal 15 Prozent erhöht wurden. Dem Statistischen Taschenbuch der Stadt Wien ist zu entnehmen, daß von 1957 bis 1961 jeweils wesentlich weniger Wohnungen fertiggestellt wurden, als der Gemeinderat beschlossen hat. Wir bedauern diese Tatsache, denn gerade in Wien nimmt die Zahl der Wohnungsbedürftigen ständig zu. Das vom zuständigen Stadtrat verkündete Ziel, mehr, billiger und schneller zu bauen, wurde in keiner Weise erreicht.

Die vorgenommene Dreiteilung der Mittel für den kommunalen Wohnungsbau, den genossenschaftlichen Wohnungsbau und auf die Neue Wiener Wohnbauaktion entspricht nicht der Schichtung der Wiener Bevölkerung. Es ist nicht so, daß zwei Drittel der Wohnungsbedürftigen in der Lage wären, sich teure Wohnungen zu leisten und 50.000 bis 60.000 S an Baukostenzuschüssen zu zahlen, bei der Neuen Wiener Wohnbauaktion sogar 70.000 bis 90.000 S, wobei die Mieten weit über 500 S liegen. Auch die Mietzinse für die im Montagebauverfahren errichteten Wohnungen werden so hoch sein, daß sie die einfachen Arbeiter und Angestellten bei den derzeitigen Lohn- und Einkommensverhältnissen nicht bezahlen können.

Der Finanzreferent hat in der Generaldebatte auf die Brieftasche geklopft und erklärt, daß eine Milliarde Schilling für Notzeiten beiseite gelegt wurde. Angesichts des Notstandes auf dem Gebiete der Wohnungsversorgung wäre es angebracht, einige hundert Millionen hievon zur höheren Dotierung des sozialen Wohnhausbaues zu verwenden.

GR. Hausner begrüßt die Einführung der Monatagebauweise. Die Baukosten für aus Fertigteilen hergestellte Wohnungen sind niedriger und die Bauzeiten kürzer. Diese neue Baumethode müßte es ermöglichen, mehr Wohnungen im sozialen, kommunalen Wohnungsbau zu errichten. Die Wohnungspreise bei den Siedlungsgenossenschaften sind heute schon so hoch, daß vor allem für junge Ehepaare eine derartige Wohnung unerschwinglich ist. Die Gemeinde Wien müßte auch eine Möglichkeit finden, die Baugenossenschaften zu kontrollieren, damit Vorfälle wie bei der Kosmos und Alpenland verhindert werden. Die Stadtverwaltung selbst müßte alle Mittel und Kräfte auf den sozialen Wohnhausbau konzentrieren und alle anderen Bauten, wie das Ausflugsrestaurant Bellevue, Kobenzlbar usw. zurückstellen. Es müßten auch die Hauseigentümer daran gehindert werden, ihre Häuser verfallen zu lassen und die Objekte dann zwecks Errichtung von Neubauten zu verkaufen. Die Mieter dieser alten Häuser werden dadurch obdachlos und die Gemeinde Wien muß für ihre Unterbringung sorgen.

Nicht zu verstehen sei es, daß man an Stelle des Dianabades einen neuen Büropalast errichten will. Dieser würde neben den vorhandenen Bürogebäuden noch ein zusätzlicher Verkehrserreger sein. Unsere Verkehrsbauten selbst müßten vielmehr auf der Basis des städtebaulichen Grundkonzeptes errichtet werden. In erster Linie müßten die öffentlichen Verkehrsmittel berücksichtigt werden. Eine schnellere und bessere Beförderung auf diesen würde sicherlich zu einer Entlastung des Verkehrs beitragen, da viele Autofahrer dann die öffentlichen Verkehrsmittel bevorzugen, wenn sie mit ihnen rascher weiterkommen.

Der Umbau des Karlsplatzes wird kaum entsprechen, da die Straßenbahn nach wie vor über der Erde geführt werden soll. Es bleiben also alle Kreuzungen, und gerade diese sind die Ursache von Stockungen. Die Bundesregierung müßte dazu verhalten werden für die Hauptstadt des Landes Mittel zur Lösung der Verkehrsprobleme zur Verfügung zu stellen. Es sei dies keine unbillige Forderung, denn viele andere Staaten wenden für ihre Hauptstadt bedeutende Mittel auf. Schließlich sind ja die zentralen Ämter und Regierungsstellen

in der Hauptstadt eines Landes konzentriert.

Zur verkehrsmäßigen Erschließung der Randbezirke wurden einige gute Maßnahmen in Aussicht gestellt. Die Linie 25 müßte jedoch noch ein Stück weitergeführt werden. Ebenso die Linie 16, die nach den vorliegenden Plänen einen Kilometer vor dem nächsten Ortskern enden soll.

GR. Hausner bezeichnet dann die Förderung der Industriebauten im 22. Bezirk als eine sehr aktuelle Angelegenheit. Eine Reihe großer Betriebe wurde liquidiert oder nach Niederösterreich umgesiedelt. Im Interesse der Donaustädter Bevölkerung müßten neue Betriebe entstehen.

Er stellt mit Befriedigung fest, daß Wien dank den vielen neuen Ideen des Stadtgartenamtes zu einer Gartenstadt geworden ist. Als ein besonders schönes Beispiel hierfür nennt er den neugestalteten Schweizer Garten im 3. Bezirk. Es sei bewundernswert, sagt er, wie das Stadtgartenamt die vielen ihm gestellten Aufgaben und - im Budget werden eine Reihe Gartenbauprojekte angeführt - bewältigt. In diesem Zusammenhang nennt er den Augarten als ein unerfreuliches Kapitel, und stellt die Frage, ob die Stadtverwaltung zusammen mit der Bundesgartenverwaltung nicht etwas für die Instandsetzung dieser großen Gartenanlage tun könnte.

Abschließend nimmt er auch Stellung zur Frage des Stadtplaners und gibt seiner Sorge darüber Ausdruck, ob bei einer bevorstehenden Lösung dieser Angelegenheit auch nicht eine Unterbrechung der Planungsarbeiten eintreten wird. Im Interesse der Stadt müßten Vorkehrungen getroffen werden, damit uns der Stadtplaner erhalten bleibe und daß somit die Planungsarbeiten fortgesetzt werden können.

GR. Neset (FPÖ) stellt fest, daß die Ansätze für das Bauwesen die höchsten im gesamten Budget sind. Stadtrat Heller berichtete über gewaltige Projekte aller Art, die im kommenden Jahr in Angriff genommen werden. Das Ausmaß dieser Arbeiten erreicht zweifelsohne die Grenze der gegenwärtigen Baukapazität und zwar in einer Zeit, wo uns Arbeitskräfte und auch Baumaterialien fehlen. Die Steigerung des Baubudgets um mehr als drei Prozent, sagt er, ist ein weiterer Beweis der inflationistischen Tendenzen.

Die häufigen Kostenüberschreitungen, die bis zu 25 Prozent des ursprünglichen Angebots ausmachten, geben zu denken. Seiner Ansicht nach müsse das Stadtbauamt den Baukosten vor Annahme der Bauprojekte mehr Aufmerksamkeit widmen.

Im Mittelpunkt des Baubudgets, erklärt der Redner, steht auch diesmal der Wohnhausbau, vor allem der kommunale Wohnhausbau. Er vergleicht dabei den traditionellen Wohnhausbau mit der Fertigteilbauweise und fragt den Berichterstatter, ob es stimme, daß die Herstellungskosten von Fenstern bei der Fertigteilbauweise teurer sind, als bei herkömmlichen Baumethoden. Es wird behauptet, sagt er, daß die Fertigteilbauweise dem **chronischen** Arbeitskräftemangel im Baugewerbe entgegen wirke, indem auf diesen Baustellen vor allem auch angelernte Arbeiter beschäftigt werden können. Der Redner erblickt darin eine Gefahr für die fachliche Ausbildung des Nachwuchses im Baugewerbe.

Zur Frage der Mietzinsbildung in den neuen Gemeindebauten mit sogenannten zinsteuren Wohnungen, bemerkt er, daß diese erhöhten Mieten junge Menschen in eine schwierige Situation bringen. Es ergibt sich die Frage, ob diese jungen Menschen diese zinsteuren Wohnungen auch bei wirtschaftlichen Rückschlägen behalten werden können. Er beschäftigt sich dann mit den gegenwärtigen Einkommensverhältnissen junger Menschen und meint, sie müßten bei ihren Anschaffungen die Wohnung vor das Auto stellen. Was die von ihm im vergangenen Jahr in der Budgetdebatte kritisierte zu farbenprächtige Fassade der Wohnhausanlage betrifft, stellt er fest, daß sich in der letzten Zeit in dieser Hinsicht manches gebessert hat.

Abschließend erinnert er daran, daß seine Fraktion im vergangenen Jahr gegen den Bau des Großrestaurants Bellevue Stellung genommen habe und daß sie auch die angekündigte Errichtung eines Groß- und Schnellrestaurantes im "Norbert Liebermann-Hof" gegenüber dem Ringturm ablehne. Wenn man bedenkt, daß im Umkreis des genannten Neubaus 34 Gasthäuser in Betrieb sind, dann kann man die Errichtung eines solchen Restaurantes nicht als eine Förderung des Gewerbes bezeichnen. (GR. Dr. Stemmer, SPÖ: Der "Norbert Liebermann-Hof" wird doch nicht von der Gemeinde Wien gebaut!)



Weiter erklärt GR. Nessel, daß auch seine Fraktion ein Bodenbeschaffungsgesetz begrüßen würde. Er äußert aber schwere Bedenken wegen des Instanzenweges. An Stadtrat Heller richtet er die Frage, wie sich das Bodenwertabgabegesetz auf die Gemeinde Wien ausgewirkt habe.

Der Redner wendet sich dann Verkehrsproblemen zu und verlangt in diesem Zusammenhang Auskunft über den beabsichtigten Umbau des Karlsplatzes. Eine endgültige Lösung für den Flaschenhals bei der Paulanerkirche wäre ebenfalls erforderlich.

Der Redner verlangt dann den Ausbau der brachliegenden Vorortelinie, um eine bessere Verbindung der äußeren Bezirke untereinander zu schaffen.

Wenn geklagt wurde, daß der Bund die Stadt Wien beim Straßenbau nicht unterstütze, meint GR. Nessel, so sollten die Vertreter der beiden großen Parteien im Parlament dafür sorgen. Eine Stadt in der ein Viertel der Bevölkerung des Landes lebt, hat wohl das Recht, mehr Geld für den Straßenbau zu erhalten.

Abschließend teilt der Redner mit, daß die FPÖ-Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe die Zustimmung geben wird.

GR. Ing. Lust (ÖVP) bedauert neuerlich, daß das Budget nicht im zuständigen Ausschuß vorberaten wird. Er müsse sich daher hier im Gemeinderat darauf beschränken, globale Bedenken anzumelden wegen der zu geringen Dotierung für Straßenbau und Brücken- und Wasserbau. Der Redner anerkennt, daß der derzeitige Finanzreferent dem Verkehrsproblem aufgeschlossener gegenübersteht und Stadtrat Heller bemüht ist. Es fehle jedoch die Großzügigkeit. Es fehle ein Plan auf mehrere Jahre hinaus. Wäre ein solcher Plan vorhanden, dann wäre auch die Bauwirtschaft bereit, die entsprechenden Großmaschinen zu kaufen und Fremdarbeiter zu engagieren. Dadurch könnte sich eine bedeutende Leistungssteigerung ergeben.

Der Redner wendet sich dann der Durchführung des städtebaulichen Grundkonzeptes zu und meint, daß auch die kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Bebauungsplan ihren Platz erhalten müssen, so die Kirchen, Schulen, Kindergärten, Amtshäuser, Parkanlagen und Fußgängerzonen mit den notwendigen Geschäftsvierteln. Er ersuchte den Referenten, eine Kontaktstelle mit

den Kirchenbehörden zu aktivieren. Es soll so sein, daß jedes Stadtviertel wieder ein "Herz" hat, die Kirche.

Als erfreulich bezeichnet GR. Ing. Iust die Zusammenarbeit der gewerblichen Wirtschaft in Fragen der Stadtplanung. Eine Standortberatungsstelle wird die Stadtverwaltung und Wirtschaft beraten.

Der Redner urgiert dann auch die Schaffung eines Kommissierungs-gesetzes und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Lobende Worte findet der Redner für den Fachbeirat, der in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen wird.

Ernste Sorgen bereite die Stadtbildpflege. Es wäre an der Zeit, eine Enquete einzuberufen.

Ferner bemängelt der Redner, daß die Ausschreibung von Architekturwettbewerben stark vernachlässigt wird. Die Gartenanlagen bezeichnet er als vorbildlich (Beifall bei SPÖ und ÖVP). In diesem Zusammenhang bringt er eine Bitte des 9. Bezirkes vor, die Uferanlagen längs des 9. Bezirkes ebenfalls gärtnerisch auszugestalten.

GR. Jodlbauer (SPÖ) verwies auf die Fülle technischer, bauwirtschaftlicher und organisatorischer Probleme, die die Gruppe Bauwesen zu bewältigen hat, und trat für eine Änderung der derzeitigen Organisationsform ein, um eine Entlastung der auf diesem Sektor tätigen Beamten herbeizuführen. Mit Befriedigung können wir feststellen, daß die Arbeitslosenrate in Wien in den letzten Jahren niedriger als im Bundesdurchschnitt war. Die im Budget vorgesehenen Ansätze gewährleisten, daß auch im kommenden Jahr wieder große Aufträge an das Bau- und Bauneben-gewerbe vergeben werden können. Mit besonderer Genugtuung stellen wir fest, daß 328,5 Millionen Schilling für Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten vorgesehen sind, denn ein Großteil dieser Mittel wird handwerklichen Kleinbetrieben zugute kommen.

Bedauerlicherweise sind die Baupreise in ständigem Steigen begriffen. Baupreiserhöhungen bereiten nicht nur den verantwortlichen Funktionären dieses Hauses Sorgen, sondern ebenso seriösen Unternehmern und den wirtschaftlich geschulten Betriebsräten, weil damit der gesamte Wirtschaftsablauf gestört wird. Der Redner stellt zur Überlegung, alle am Bauwesen inter-

essierten Gruppen - Arbeitnehmerschaft, Unternehmerschaft und Behörden - an einen Tisch zu bringen und eine Art Bauwirtschaftsrat zu schaffen, der sich bemühen soll, alle auftauchenden Probleme auf dem Bausektor in offener Aussprache einer allseits befriedigenden Lösung zuzuführen.

Seit 1945 sind an die 800 Absiedlungen gewerblicher Betriebe erfolgt, wobei sich jeder dieser Unternehmer glücklich geschätzt hat, wenn sich seine Betriebsanlage oder sein Geschäft in einem Haus der Gemeinde Wien befunden hat, denn dann hatte er einen Hausherrn, der für seine Belange vollstes Verständnis aufwies. In manchen Fällen hat die Gemeinde, um die wirtschaftliche Existenz von Unternehmern nicht zu gefährden, sogar Kioske aufgestellt, oder es bekamen die Betriebsinhaber bis zur Fertigstellung der neuen Geschäfte sogar eine Entschädigung für ihren Verdienstentgang. Erfolgen hingegen Absiedlungen aus Privathäusern, selbst aus solchen, die unter Beistellung beträchtlicher öffentlicher Mittel errichtet werden, dann sind die Unternehmer meist nicht in der Lage, die immens hohen Baukosten auf den Tisch zu legen. In hunderten Fällen hat die Gemeinde Wien solchen Betriebsinhabern, die ihre Existenz verloren haben, dadurch geholfen, daß sie ihnen Lokale in Gemeindebauten zur Verfügung gestellt hat. (Beifall bei der SPÖ. - Stadtrat Lekowitsch, ÖVP: "Hunderte" ist sicher übertrieben!) Wir betrachten es als eine krasse Ungerechtigkeit, daß jene Beträge, die die Stadtverwaltung den abzusiedelnden Betrieben gibt, in der Bilanz zu aktivieren sind, daß von ihnen Warenumsatzsteuer und Einkommensteuer bezahlt werden muß.

Wir begrüßen es, daß der Arbeitskreis für Wirtschaft und Stadtplanung die Aufgabe übertragen erhalten hat, eine Standortberatungsstelle zu schaffen. Die Stadtplanung hat auf diesem Sektor bereits wertvolle Vorarbeit geleistet. Vor allem in jenen Gebieten, in denen auf genossenschaftlicher Basis gebaut wurde, fehlt es vielfach an den notwendigen Geschäften für die Versorgung der Bevölkerung.

Besondere Bedeutung messen wir den Bestrebungen zu, die unter Denkmalschutz stehenden historischen Stadtteile zu erhalten. Wir freuen uns darüber, daß bei den Rettungsmaßnahmen für die Altstadt ein Weg gefunden wurde, dieses Experiment nicht

ausschließlich aus Steuermitteln der Allgemeinheit zu finanzieren. Die Menschen, die künftig in diesen von außen alten "Pawlatschenhäusern" wohnen, werden im Innern der Gebäude über Wohnungen verfügen, die den Erfordernissen der heutigen Zeit voll und ganz entsprechen. Alles, was dort geschieht, wird von den Leuten finanziert, die dort einziehen werden, und zwar mit Hilfe langfristiger Kredite, die die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zur Verfügung stellt.

In Hietzing sind wir bereits darangegangen, einen Vorschlag des Stadtplaners Prof. Rainer in die Tat umzusetzen, nämlich ein Einkaufszentrum zu schaffen. Auch bei der Verwirklichung dieses Vorhabens werden zusätzlich private Mittel mobilisiert werden. Darüber hinaus müssen in gewissen Mangelgebieten Werkstättenhöfe geschaffen werden.

Das Institut für Bauforschung beschäftigt sich intensiv mit den Heizungsfragen im sozialen Wohnungsbau. Es gibt heute viele moderne Geräte zur Raumbeheizung, aber noch immer keine Möglichkeit der Rußplage Herr zu werden. Es ist zu hoffen, daß hier entsprechende Lösungen gefunden werden. Untersuchungen müßten auch darüber angestellt werden, ob die gesamten Versorgungsleitungen für Strom, Gas usw. nicht in eigenen Kabelschächten in den unterkellerten Häusern geführt werden könnten. Eine notwendige Verstärkung der Leitungen würde dann wahrscheinlich weniger kostspielig sein und nicht so viele ~~Aufgrabungen~~ erfordern.

In der Bauentwicklung des Wohnungsbaues soll man auf alle Fälle bei den bestehenden Wohnungsgrößen festhalten, sie eher noch zu vergrößern suchen, und die Ausstattung womöglich noch zu verbessern. In alle neu zu bauenden Häuser müßten Aufzüge und Zentralheizungen eingebaut werden. Sicherlich würden die Mietzinse dadurch beeinflußt. Die Häuser sollen aber auch in zwanzig Jahren noch jung sein und den Erfordernissen der Zeit entsprechen.

Die Entwicklung auf dem Gebiet der Kälte- und Wärmetechnik ist eine derart stürmische, daß die Magistratsabteilung 32, die heute bereits überaus stark beschäftigt ist, zusätzlich Wärme- und Kältetechniker einstellen müßte.

Über die Spitalsbauten wurde bereits ausführlich gesprochen und auch darüber, daß die Gemeinde im Jahr fast 400 Millionen aus Steuermitteln für die Spitalspatienten zuschießen muß. In unseren Spitälern werden aber nicht nur Wiener und Patienten aus den Bundesländern behandelt, sondern auch Ausländer. Man sollte überlegen, ob es im Rahmen der Spitalsbauten nicht möglich wäre, ein Sanatorium plus Hotel für Ausländer zu bauen, wobei die Kosten des Aufenthaltes dann von den einzelnen Patienten getragen werden müßten.

Zu den Ausführungen von GR. Hausner und GR. Nessel ist zu sagen, daß beide zu wenig informiert sind. Sie hätten nach der Geschäftsordnung die Möglichkeit, an jeder Bauausschußsitzung teilzunehmen und dort die Probleme kennenzulernen. So lange sie dies nicht tun, wird man auf ihre Diskussionsbeiträge wohl kaum eingehen können.

In unserer Stadt sind sicherlich noch nicht alle Probleme gelöst. Die Wiener Bautätigkeit wird jedoch im Ausland mit Interesse und Anerkennung verfolgt. Ein offenes Problem, das in den nächsten Jahren gelöst werden muß, ist die Bereitstellung von Grundflächen für einen Gemüse-, Blumen- und Fleischgroßmarkt. Nach den Berechnungen der Raumplanungskommission müßte eine Mindestgrundfläche von 500.000 Quadratmetern zur Verfügung stehen sowie eine Reserve für eine spätere Ausweitung um 20 Prozent. Der Platz muß natürlich auch verkehrstechnisch günstig liegen und Anschluß an die Bahn haben. Ohne auf Details einzugehen hat man nur vom raumplanmäßigen Standpunkt aus gesehen die Gründe von St. Marx als geeignet bezeichnet. Umliegende Gründe sind teilweise im Besitz der Stadt Wien, einige private müßten dazu gekauft werden. Das Gebiet wird von der Gürtelschnellstraße überquert und, was entscheidend ist, die Verhandlungen mit der Bundesbahn wegen Benützung der Bahnanlagen und Verschiebgleise sind ermutigend.

Abschließend erklärt GR. Jodlbauer, daß das Budget 1963 wieder große Leistungen für unsere Stadt ermöglichen wird und auch dazu beiträgt, die Wirtschaft gesund zu erhalten. Wien bekennt sich zu seiner historischen Vergangenheit, wird aber auch alles Notwendige für die Zukunft tun, damit die Stadt immer schöner

wird. Durch gemeinsame Zusammenarbeit wird die große Aufgabe zweifellos gemeistert werden können. In diesem Sinne wird die SPÖ-Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI die Zustimmung erteilen.

GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) unterstreicht die große Bedeutung unserer Grünanlagen für die Gesundheit der Bevölkerung. Ergänzend zur gestrigen Debatte über die Budgetansätze für das Gesundheitswesen verweist er auf die große Gefahr der Luftverseuchung durch die bleihältigen Auspuffgase der Kraftfahrzeuge. Diese Gase sind bereits atemfähig, werden von der Lunge aufgenommen, und können zu Bleivergiftungen führen. Untersuchungen haben ergeben, daß der Anteil der Bleiteilchen in der Wiener Luft bereits sehr hoch ist. Aus diesem Grunde würde er es sehr begrüßen, wenn zum Beispiel die Parkanlage Nußdorfer Straße - Währinger Straße, an der ein starker motorisierter Verkehr vorbeiführt, durch Hecken gegen Auspuffgase geschützt wird. Die Forderung des Stadtplaners nach solchen Heckenabschirmungen bezeichnete er als äußerst berechtigt. Eine ähnliche Abschirmung durch Hecken wünscht er auch für den neugestalteten Votivpark.

Der Redner spricht sich sehr lobend über die Spielplastiken in unseren Gartenanlagen aus. Als Arzt müsse er aber darauf aufmerksam machen, daß der oftharte Boden die spielenden Kinder gefährdet. In den letzten Jahren sind nicht wenige Kinder beim Sturz in Parkanlagen verunglückt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz beschäftigt sich dann in einem historischen Rückblick auf den Städtebau mit der Entwicklung des Wohnungsbaues, vor allem in Wien. Er verweist darauf, daß noch weite Gebiete unserer Stadt aus Altwohnungen und Stadtvierteln bestehen, die dringend einer Neuplanung und Sanierung bedürfen. Diese alten Häuser bieten unseren Kindern wenig Licht und Luft und sind daher zu einer latenten Gefahr für die Gesundheit unseres Nachwuchses geworden. Die gesundheitsbedrohenden Faktoren sind vor allem der Verkehr, der Lärm und die Abgase. Es ist daher von größter Bedeutung, nicht nur neue Stadtvierteln zu bauen, sondern vor allem auch die alten umzubauen.

In den letzten 150 Jahren ergab sich eine noch nie dagewesene Wandlung von Wissenschaft und Technik, wodurch auch unsere Lebensbedingungen vollkommen geändert wurden. Das Zeitalter der Erfindungen und die Möglichkeiten der Technik gaben der Menschheit vollkommen neue Mittel. Diese Möglichkeiten stellten sie aber zugleich vor neue Probleme. An bestimmten Konzentrationen ballen sich die Menschen immer mehr zusammen. Es sind dies die großen Städte, in denen sich erst langsam der Gedanke der Planung durchzusetzen beginnt. Besondere Leitlinien sind hiezu die Hygiene, Industrie, Gewerbe und Wirtschaft, der Massenverkehr aber auch die Sehnsucht nach der Natur und nach dem Eigenheim. Heute, da wir wissen, wie wichtig die Stadtplanung geworden ist, haben sich auch die Beziehungen von Wohnung zur Arbeitsstätte grundlegend geändert. Die Wohnung soll der Hort unseres Eigenlebens, unserer Individualität sein, sie soll der Familie jenen Raum geben, den sie als Keimzelle unseres Staatswesens braucht. In diesem Zusammenhang verweist der Redner auf die Bedeutung des familiengerechten Bauens, das er als eine Hauptaufgabe des Städtebaues bezeichnet. In unseren neuen Stadtvierteln sollen wir alle Möglichkeiten nach jeder Richtung ausschöpfen. Jedenfalls sind wir in der Lage, sagt er, unsere Wohnungstypen "aufzuwerten".

Er erwähnt dann lobend die gute Planung der städtischen Hochhäuser - vor allem ihre technischen Einrichtungen, wie Aufzüge, Müllabwurfsanlagen, Zentralheizungen usw. finden seine Zustimmung. In diesem Zusammenhang richtet er an Stadtrat Heller die Frage, ob in einem siebenstöckigen Gemeindebau in der Lassallestraße nachträglich ein Aufzug eingebaut werden könnte. Weiter würde er es begrüßen, würden die Balkone der Wohnhäuser am Eisenstadtplatz so umgebaut, daß sie ein Durchschlüpfen von Kindern ausschließen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit den Hoffungsgebieten unserer Stadt, jenen Teilen, in denen noch bedeutendere Möglichkeiten für den Wohnungsbau vorhanden sind. Als wichtigstes Zukunftsbaugebiet bezeichnet er die Gebiete unserer Stadt im Osten.

Überhaupt stellt die gute Wohnung die Voraussetzung für ein gesundes und harmonisches Familienleben dar. Aber nicht nur die Wohnung, auch die Umwelt der Wohnung ist von größter Bedeutung: Alt- oder Neubauwohngebiet, Grünland, Stadtverkehr und Arbeitsstätte sollten harmonisch aufeinander abgestimmt sein. Es gilt die Förderung der "natürlichen Lebensweise" und das Erkennen der "Gefahren der Stadt" (Abgase, Staub, Erschütterungen, Lärm).

Zum natürlichen Leben gehört in der modernen Großstadt vor allem die Bewegung des an das viele Sitzen gewohnten Körpers. Wir brauchen Fußwege und Möglichkeiten sportlicher Betätigungen.

Zum Wohnen von morgen gehört aber auch die Betreuung des Menschen in geistiger und seelischer Hinsicht. Religion und Kirche als Zufluchtsstätte im harten Leben der fortschreitenden Technisierung sind durch andere Werte kaum zu ersetzen. (Beifall bei ÖVP.)

GR. Fürstenhofer (SPÖ) beschäftigt sich mit den Kleingärten, die neben dem sozialen Grün auf einer Fläche von acht Millionen Quadratmeter in unserer Stadt wesentlich zur Gesundheit der Wiener Bevölkerung beitragen. Der Redner regt in diesem Zusammenhang die Schaffung von sogenannten Kleingarten-Parkanlagen an, wie dies zum Beispiel in Westdeutschland schon geschehen ist.

Zu den Ausführungen von GR. Hausner über die "Kosmos" bemerkt er, daß diese Angelegenheit in Wien einer ordentlichen Lösung zugeführt wurde.

Abschließend erklärt GR. Fürstenhofer, daß es den gemeinnützigen Wohnbau- und Siedlungsvereinigungen gelungen ist, seit 1948 insgesamt 27.471 Wohneinheiten zu errichten. Auch im kommenden Jahr werden mindestens 5.000 Wohnungen gebaut werden. (Beifall bei der SIÖ.)

GR. Ing. Hauschka (ÖVP) verteidigt die Bauwirtschaft und hebt ihre Verdienste um moderne Baumethoden hervor. Bauwirtschaft und Architekten haben großen Anteil an neuen Baumethoden, die die Stadt Wien dann übernommen hat. Der Redner erinnert an den Skelettbau, den Schüttbau, den Mantelbau, den Durisolbau, den Bau mit Großformatsteinen und auch den Montagebau, der von einem Wiener Baumeister bereits durchgeführt wurde, als die Gemeinde erst damit begann. Zu diesem Zeitpunkt waren in Wien schon 1.000 Wohnungen in dieser Art hergestellt.



Jedenfalls hat mit der Verwendung der Montagebauweise eine neue Bauepoche in Wien ihren Anfang genommen. Diese Bauweise hat viele Vorteile, wenn ihr auch vorderhand noch einige Mängel anhaften. Bei der Montagebauweise darf man die Ästhetik der Architektur nicht der Normung opfern. Wir müssen den Eindruck vermeiden, eher vor einem Industriehaus als vor einem Wohnhaus zu stehen. Wenn auch die ersten Häuser Gefallen finden werden, ist damit noch nicht gesagt, ob dies auch dann der Fall sein wird, wenn dort ein Komplex von etwa 4.000 Wohnungen steht.

Wir können mit Optimismus in die Zukunft blicken. Voraussetzung ist allerdings, daß wir laufend eine Entwicklungsarbeit leisten, die weitere Verbesserungen anstrebt. Nach wie vor ist das System Camus die rationellste Bauweise. Sie entspricht jedoch am wenigsten den Erfordernissen des Individualbaues. So hat sie auch der verstorbene Baudirektor Dr. Fecht auf dem Städtetag als eine Konfektionsarbeit bezeichnet. In den kommenden Jahren wird es zu einer wahren Invasion an Montagebausystemen kommen. Jenes System wird sich am besten durchsetzen, das der individuellen Architektur am meisten Spielraum läßt und ein schönes, billiges und gutes Bauen gewährleistet. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Billmaier (SPÖ) begrüßt es, daß auch im Budget für das kommende Jahr Mittel für die Verwendung von Winterbauhallen vorgesehen sind. Leider steht die Gemeinde Wien mit ihren Bestrebungen, auf diesem Gebiet nicht nur Forschungsarbeit zu leisten, sondern den saisonalen Charakter des Baugewerbes überhaupt zu beseitigen, allein da. Das hat dazu geführt, daß die Arbeitslosenziffer, insbesondere im Baugewerbe, im Winter in Wien am niedrigsten ist.

Da die Baupreise in Österreich außerordentlich hoch sind, hat sich die Wiener Gemeindeverwaltung mit der Einführung der Fertigteilbauweise beschäftigt und eine Kommission zum Studium der damit zusammenhängenden Probleme eingesetzt. Das Bekenntnis zur Montagebauweise bedeutet keineswegs eine Ablehnung der bisherigen traditionellen Bauweise. Die im Montagebauverfahren errichteten Häuser können in wesentlich kürzerer Zeit fertiggestellt und bezogen werden. Bei der Fertigteilbauweise ist - im Gegen-

satz zur traditionellen Bauweise - die Schwankung bei den Kosten sehr geringfügig. Am meisten Erfahrungen konnten bisher mit dem System Camus gewonnen werden, nach dem allein in Frankreich 25.000 Wohnungen errichtet wurden. Die Architekten, die sich mit der Planung dieser Bauweise beschäftigt haben, haben uns außerordentlich gute Grundrißlösungen vorgelegt, man kann daher - im Gegensatz zu den Ausführungen des GR. Hauschka - keineswegs von einer uniformierten Bauweise sprechen.

Am 31. Juli des Vorjahres hat der Gemeinderat beschlossen, der Gesellschaft den ersten Auftrag auf Errichtung von 861 Wohnungen zu erteilen. 351 dieser Wohnungen werden einen Flächeninhalt von 62,20 Quadratmeter aufweisen und aus zwei Zimmern, Küche und Nebenräumen bestehen; 510 Wohnungen werden eine Wohnfläche von 79,5 Quadratmeter haben und aus drei Zimmern, Küche und allen Nebenräumen bestehen. Die durchschnittliche Größe dieser 861 Wohnungen beträgt 72,45 Quadratmeter.

Im gesamten Baugewerbe ist es üblich, wenn eine Firma einen größeren Bauauftrag erhalten hat, zu dem Mittel der Werbung zu greifen. Das Bild des Baumeisters, der am Montag in der Früh am Ostbahnhof steht, wo die burgenländischen Arbeiter ankommen, und mit dem 100 Schilling-Paket winkt, ist in unserer Stadt nichts Ungewöhnliches mehr. Auch die Montagebaugesellschaft hat durch Zeitungsinserate Arbeiter für diesen wichtigen Betrieb gesucht. Man spricht in diesem Zusammenhang sehr viel von "grauen Löhnen". Daß im Baugewerbe Prämien gezahlt werden, ist beileibe nichts Neues, denn schon seinerzeit, als GR. Billmaier als junger Mensch das Maurerhandwerk erlernt hatte, sei es durchaus üblich gewesen, daß die Wiener Baufirmen neben dem kollektivvertraglichen Stundenlohn eine Prämie von zwei Stunden täglich bezahlten.

Die Bauarbeiter in Wien haben seit 1945 eine Arbeit geleistet, an der alle Bewohner dieser Stadt sehr interessiert gewesen sind. Aus Schutt und Trümmern haben sie eine schöne und moderne Stadt geschaffen. Die Gemeinde Wien hat das Geld zur Verfügung gestellt. Die Bauarbeiter sind ehrlich bemüht, dieser Stadt zu dienen, und bereit, für sie zu arbeiten.

Man soll nicht vergessen, daß es wertvolle Menschen sind, die für uns eine gute Arbeit leisten. Dafür wollen wir ihnen danken. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) stellt fest, daß vor ungefähr einem Jahr in diesem Saal die elf Grundsätze für die Planung unserer Stadt beraten wurden. In eineinhalb Jahren soll also sozusagen die Feineinstellung der Planung im Detail vorliegen. Es sei daher an der Zeit, daß man sich Rechenschaft darüber gibt, was in dieser Zeit geschehen kann und was in der kommenden Zeit noch geschehen muß. Die ersten drei Grundsätze waren die Auflockerung zu dicht verbauter Stadtteile, die Verdichtung zu locker verbauter Stadtteile und die Entmischung. Es wäre nun interessant, wie die seither beschlossenen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne dem damaligen Wunschbild der Stadtplanung Rechnung tragen. Der Redner stellt den Antrag, eine Zusammenstellung mit erklärendem Text vorzulegen, woraus hervorgeht, inwieweit die seit Dezember 1961 beschlossenen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne mit der von der Stadtplanung erstrebten Flächenwidmung übereinstimmen. Sollte von den Vorstellungen der Stadtplanung abgegangen worden sein, so sollten dem Gemeinderat entsprechende Erklärungen gegeben werden. Es wäre auch eine übersichtliche Darstellung der beschlossenen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne vorzulegen, woraus ersichtlich sein soll, wie weit diese Beschlüsse das vorgesehene Verkehrskonzept von Wien beeinflussen, bzw. ihm Rechnung tragen. Der vierte Punkt dieser elf Grundsätze befaßte sich damals mit dem Problem der Bildung städtebaulicher Zentren. Der Redner fragt in diesem Zusammenhang an, wieweit die Verhandlungen mit der Bundesbahn gediehen sind, da erst nach ihrem Abschluß die geplante City-Nord geschaffen werden könnte. Ein weiteres städtebauliches Zentrum ist das Hauptzollamt. Die Verkehrslösung, der Übergang von Straßenbahn auf die Schnellbahn, wirkt sich dort nicht günstig aus. Der Fußgänger, der schwächste Verkehrsteilnehmer, ist dort nicht entsprechend geschützt.

In diesem Bereich sind aber noch andere große Probleme zu lösen. Wir haben dort die Kreuzung von zwei Verkehrsmitteln der zweiten Ebene, von der Stadtbahn und von der Schnellbahn. Dazu kommt dann später die Donaukanalstraße. Außerdem gibt es dort eine Reihe großer bereits bestehender und vieler geplante Gebäude.

Man müßte das Bodenproblem unserer Stadt nicht nur statisch sondern auch dynamisch mit den Entwicklungsmöglichkeiten sehen. Man müßte auch feststellen, welche Gebiete für Assanierung am ehesten in Frage kommen. Für Assanierungsgebiete wäre die Schaffung einer sogenannten Aufbaugemeinschaft in organisatorischer und finanzieller Hinsicht von Wichtigkeit. Der Redner ersucht um Mitteilung, ob bezüglich der Versorgungszentren schon nähere Daten und Einzelheiten, wo diese geschaffen werden sollen, vorliegen. Bei den Absiedlungen dürfe man nicht darauf vergessen, daß die Beträge für die Absiedlungen letztlich ja von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen. Der sechste und siebente Grundsatz behandelte die Vorsorge für den Massen- und Individualverkehr. Im Laufe der letzten Jahre wurde der Betrieb auf der S-Bahn aufgenommen, der für einen Teil der Bevölkerung gute Verkehrsverbindungen mit sich brachte, für den innerstädtischen Verkehr jedoch keinerlei Erleichterungen.

Die Verbauung der Drasche-Gründe wird eine Verstärkung des Verkehrs der Sechziger-Linien notwendig machen. Untersuchungen müssen auch darüber angestellt werden, welche Verkehrsmöglichkeiten gegeben sind, um jenseits der Donau größere Wohnhausanlagen errichten zu können, wie groß die Kapazität der Reichsbrücke ist usw.

Die Auflockerung der Stadt ist auch vom Standpunkt des Zivilschutzes von wesentlicher Bedeutung. Durch entsprechende Auflockerung sinkt manche Gefahr.

Die Fülle dieser Aufgaben wird kaum von wenigen Referenten der zuständigen Abteilungen bewältigt werden können. Man wird daher im größeren Ausmaß auswärtige Kräfte, wie Ziviltechniker und andere Fachleute, heranziehen müssen.

Erfreulich sei es, daß es zu keiner Veränderung in der Person des Stadtplaners kommt. Prof. Rainer ist bereits der vierte Stadtplaner, keiner seiner Vorgänger konnte seine Gedanken zu Ende führen. Zur Verwirklichung einer Planung ist es notwendig, daß die Kontinuität gewahrt bleibt. Die Planung dürfte nicht den Wünschen der Tagespolitik Rechnung tragen, sondern muß nach den Grundlagen geschehen, die heute, morgen und auch später gelten. Aus den verschiedenen Meinungen der verschiedensten Menschen muß bei der Planung und beim Bauen als Endziel die Lösung herauskommen, die der Stadt und allen ihren Bewohnern nützt.

In diesem Sinne werde seine Fraktion den Ansätzen die Zustimmung geben.

GR. Planek (SPÖ) stellt fest, daß man der Geschäftsgruppe VI nicht gerecht würde, würde man nur ihre Ansätze betrachten und nicht auch jene großen Beträge, die bei den anderen Gruppen für Bauvorhaben veranschlagt werden. Es liege in der Eigenart des Bauamtes, daß es nicht nur im eigenen Bereich seiner Verwaltungsgruppe zu wirken hat, sondern viele Arbeiten für andere Verwaltungsgruppen leistet. Nicht weniger als 600 Millionen Schilling werden bei anderen Gruppen für Bauausgaben präliminiert.

Der Redner kommt dann auf den Weltkongreß in Paris im September dieses Jahres zu sprechen, zu dem er vom Internationalen Verband für Forschungswesen, Städtebau und Raumordnung eingeladen worden war. Er konnte bei diesem Kongreß feststellen, daß Wien sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen braucht, daß wir in den Fragen der Stadtplanung und Gestaltung mit der Zeit gehen. Den Ausspruch von Prof. Neutra, die Funktion der Wohnung entsprechend zu beachten und nicht so sehr das äußere Gesicht des Gebäudes, müßte man dahingehend erweitern, daß die Menschen nicht nur in ihrer Wohnung leben. Sie leben auch in ihrem Haus, in ihrem Ort und in ihrer Stadt. Gerade die Gemeinde Wien hat in den letzten Jahren auf diesem Gebiet viel geleistet, sei es in der Architektur der Häuser, in der Gestaltung der Gärten, oder in der Art, wie die Häuser in die Landschaft gestellt werden, in der Anlage der Wege, der Beleuchtung und vielem anderen. Die Wiener Stadtverwaltung ist bemüht, auf dem Sektor des Wohnungs-

baues fortschrittlich zu sein. Die jetzt errichteten Wohnungen sind bereits größer, verfügen über einen Abstellraum, ein eingerichtetes Badezimmer, haben einen harten Brettelboden oder Linoleum als Bodenbelag und in vielen Häusern sind Aufzüge und Zentralheizungen eingebaut. Im Jänner des kommenden Jahres wird man eine Befragung durchführen, die viele Bereiche des Wohnens umfassen soll, und auf viele Einzelheiten eingehen wird, so unter anderem, wie die Räume angeordnet sein sollen, ob man eine Loggia will usw.

GR. Planek stellt für das kommende Jahr noch eine zweite Befragung in Aussicht, und zwar über die Wohnungsgrundrisse vom Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit. Bei allen diesen Überlegungen sagt er, dürfen wir aber nicht außer acht lassen, daß es bei uns viele Bürger mit geringem Einkommen gibt. Bei den Ausschreibungen von Wohnhausbauten müßten seiner Meinung nach auch einmal die Architekten aufgefordert werden, beim Planen über die Heizungsmöglichkeiten der Wohnungen nachzudenken. Abschließend erklärt er: "Planen wir weiter, bauen wir weiter, beachten wir aber dabei den Menschen und seine Bedürfnisse!"

Stadtrat Heller (SPÖ) dankt im Schlußwort den elf Diskussionsrednern für ihre Beiträge. Ein Teil der kritischen Bemerkungen, sagt er, ist nicht zuletzt auf mangelnde Sachkenntnisse zurückzuführen. Was die Vorwürfe seitens der FPÖ betrifft, stellt er fest, war ihr Vertreter kein einziges Mal in einer Gemeinderatsausschußsitzung anwesend. Trotzdem sprach er in der Budgetdebatte über Dinge, über die er sich durch einen einfachen Telefonanruf beim Amtsführenden Stadtrat für Bauwesen hätte richtig informieren lassen können. So hätte er auch erfahren können, daß die Gemeinde Wien nicht den "Norbert Liebermann-Hof" baut und daß sie daher auch nicht die Absicht habe, dort ein Restaurant zu errichten. Und wenn er an den Baustadtrat die Frage richtet, ob Wien eine Alwegbahn bekommen werde, so müßte ihm bekannt sein, daß die Entscheidung über die Verkehrsmittel in den Bereich der Geschäftsgruppe XII gehört.

Zur Anfrage, ob in den Vertrag mit der Firma "Camus" irgend welche Separat-Honorare eingebaut wurden, erklärt er, daß dies nicht der Fall ist. Zur Kritik über die Sachkrediterhöhungen

stellt er fest, daß es sich fast nie um Überschreitungen der Baukosten, sondern hier um Erweiterungen der Bauvorhaben handelt. Übrigens, meint er hierzu, habe sich der Gemeinderat meist nur mit Sachkrediterhöhungen zu beschäftigen, von Sachkreditunterschreitungen hört er aber nur ganz selten, denn er braucht sich damit nicht beschäftigen.

Zur Anfrage über die Herstellung von Fenstern für die Fertigteilbauweise teilt er mit, daß mit diesen Arbeiten mehrere Firmen beschäftigt sind. Wenn im Verlauf der Diskussion am Beispiel Hollands eine Koordinierung der öffentlichen Bauten empfohlen wurde, dann erinnert er in diesem Zusammenhang, daß er selbst seinerzeit diese Koordinierungsart als zweckmäßig bezeichnet habe. Zugleich erinnert er aber daran, daß seitens einiger Angehöriger eines Ministeriums solche Koordinierungsabsichten als eine bolschewistische Methode bezeichnet wurden. Wenn er sich auch voll zur Koordinierung im Wohnbau bekenne, sagt Stadtrat Heller, müsse er doch darauf hinweisen, daß wir bei Wiederkoordinierungen Rücksicht nehmen müssen auf andere städtische Bauten, wie Schulen, Spitäler, Kindergärten usw. Was die Industriebauten betrifft, verweist er darauf, daß die Stadtverwaltung seit Jahren bemüht ist, Raum für die Wirtschaft zu schaffen. Als Beispiel führte er das Gebiet von Liesing an. Wenn im 22. Bezirk noch nicht so viel getan werden konnte, dann muß man bedenken, daß dort zunächst Verkehrserschließungen durchgeführt werden müssen. Außerdem sei man nicht geneigt, dort die Bodenspekulation zu unterstützen.

Zum Antrag, man möge mehr Kirchenbauplätze bereitstellen und zu diesem Zweck eine Kontaktstelle schaffen, verweist Stadtrat Heller auf die Beziehungen zum Institut für kirchliche Planung. Seiner Meinung nach braucht die Mehrheit des Hauses für die Kontakte zur Erzdiözese keinen Apostel in Form einer politischen Partei. In diesem Zusammenhang verweist er auf einige Anerkennungsschreiben, die er von der Erzdiözese bekommen hat und in denen die loyale Behandlung der kirchlichen Bauvorhaben seitens der Stadt Wien unterstrichen wird. Aus den Schreiben geht hervor, daß die Gemeinde Wien die Religionsgemeinschaften gar nicht so schlecht behandelt, wie es oft von gewisser Seite dargestellt wird.

Zur Anfrage, ob die Novellierung des Bodenwertabgabegesetzes bei der Baulandbeschaffung der Gemeinde Wien etwas geholfen habe, erklärt er, daß dies leider nicht geschehen ist. Die Anträge der GR. Lust und Prutscher über die Schaffung eines Kommissierungsgesetzes empfiehlt er den Ausschüssen VI und XI zuzuweisen.

Zur Frage des Wiener Stadtplaners würde es wahrscheinlich überhaupt keine Diskussion geben, sagt er, würden einige Leute nicht immer wieder diese Angelegenheit - und dies mit falschen Darstellungen - in die Öffentlichkeit zerren. Er verweist dabei auf die Schlagzeile, die vor kurzem in "Die Presse" zu lesen war, und in der die Demission des Stadtplaners mitgeteilt wurde. Im Artikel selbst war aber kein Wort darüber zu lesen. Trotzdem hat diese Meldung Aufregung verursacht, die bis in den Gemeinderat durchgedrungen ist. In allen Städten der Welt, sagt er, setzt man sich mit der Arbeit der Stadtplaner auseinander, meistens dann, wenn ihre Ideen mit der realen Wirklichkeit nicht in Einklang stehen. Es sei aber keinesfalls notwendig, daß die Öffentlichkeit in einem solchen Ausmaß damit beschäftigt werden müßte.

Was die Veranstaltung von Architektenwettbewerben betrifft, haben die Erfahrungen der letzten Jahre bei uns nicht sehr befriedigt. Keiner der Wettbewerbe wie etwa über die Blutgasse, das Allgemeine Krankenhaus oder die Albin Hansson-Siedlung-Nord hat zu einem praktischen Ergebnis geführt und es kam auf Grund des Wettbewerbes zu keiner Bauausführung. Angesichts dessen müssen wir uns fragen: wollen wir bauen, oder wollen wir nur planen? Trotzdem sei er der Meinung, daß man auch in Zukunft Wettbewerbe veranstalten sollte.

Stadtrat Heller setzt sich dann mit den Ausführungen von GR. Dkfm. DDr. Prutscher zum Planungsproblem auseinander und gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß er solche Anträge stellen konnte. Er wirft ihm vor, daß er sich einerseits zur Stadtplanung bekenne, aber im gleichen Atemzug jedem Bürger unserer Stadt die Verwirklichung individueller Pläne zubilligen möchte. Er empfiehlt seinen Antrag dem Gemeinderatsausschuß VI zuzuweisen.



Es wurde auch die Frage gestellt, wo Versorgungszentren geplant seien. Es ist dies in Hietzing, Hernals, Kagran, Stadlau, Floridsdorf und Liesing der Fall.

Für die Planung des Zentralmarktes in St. Marx hat eine Studienkommission schon viel Arbeit geleistet; in Kürze wird ein Plan vorgelegt werden, der "alle Stückeln" spielt.

Die Zahlen über den Wohnungsbau, die ein Redner angeblich aus dem Statistischen Taschenbuch zitiert hat, stimmen nicht. Stadtrat Heller verlas seinerseits aus dem Buch auf Seite 28, daß im Jahre 1961 4.365 Wohnungen errichtet wurden.

Was die Montagebauweise betrifft, so glaube er, daß in Wien gerade zur rechten Zeit begonnen wurde. Hätten wir die Wohnungen so wie im Osten gebaut, so wären wir zum Teufel gejagt worden, denn diese Wohnungen befinden sich in einem sehr schlechten Zustand, wie auch der Präsident der russischen Akademie für Architektur bestätigt hat.

Was den Baumeister anlangt, der seinerseits eine Montagebauweise begonnen hat, sagte Stadtrat Heller, so habe er dem Mann zu seiner Initiative gratuliert und ihn eingeladen, sich an einer Ausschreibung zu beteiligen. Von dieser Einladung wurde jedoch bisher kein Gebrauch gemacht.

Sehr ausführlich wurden in der Debatte auch die Verkehrsfragen behandelt. Der Referent ersuchte jedoch vor allem die Probleme des Massenverkehrs bei der Debatte in der Gruppe XII zu diskutieren.

Zum Problem Karlsplatz stellte Stadtrat Heller mit aller Deutlichkeit fest, daß das Projekt nicht nur von der Gemeinderätlichen Planungskommission gutgeheißen wurde, sondern auch der Gemeinderat einstimmig seine Zustimmung gegeben habe. Die "Bedenken der Fachleute" stammen im wesentlichen von einem einzigen Verkehrsplaner, der selbst ein sehr teures Projekt entwickelt hat, und der nun nicht einsehen will, daß man das Projekt eines anderen genehmigte.

Daß der Augarten in einem schlechten Zustand ist, hängt wohl mit der geringen Liebe des Bundes mit seiner Hauptstadt zusammen. Es gibt aber ein Projekt für die Ausgestaltung; Es ist für uns jedoch nicht möglich, alle Aufgaben auf einmal zu lösen und dabei noch Bundesaufgaben zu übernehmen. (Beifall bei SPÖ.)

Die gärtnerische Ausgestaltung der Donaukanalufer im 19. Bezirk hängt mit den Arbeiten des Bundesstrombauamtes zusammen, kann aber auch erst begonnen werden, wenn die großen Brückenbauprojekte fertiggestellt sind.

Abschließend ersucht der Referent nochmals um Zustimmung für das Budget seiner Geschäftsgruppe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 6. Hauptstückes einstimmig angenommen. Die Anträge der ÖVP werden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen.

Die Budgetdebatte wird morgen, Samstag, den 15. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, fortgesetzt. Referent Stadtrat Lokowitsch (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

#### Theater an der Wien

=====

14. Dezember (RK) Der Kartenvorverkauf für die am 25., 28., 31. Dezember und 1. Jänner stattfindenden Gastspiele des Volkstheaters mit Sternheims Lustspiel "Die Hose" im Theater an der Wien beginnt am 17. Dezember an der Tageskasse des Theaters an der Wien, 6, Linke Wienzeile 6.

- - -

23 Volksschülerinnen wurden "Puppenmütter"  
=====

14. Dezember (RK) Heute nachmittag fand im städtischen Kindergarten "Im Stadtpark" die traditionelle vorweihnachtliche "Puppenadoption" statt.

Stadtrat Maria Jacobi verteilte im Beisein des Leiters des Wiener Jugendamtes, Senatsrat Prof. Tesarek, an 23 Wiener Volksschülerinnen "Adoptions-Urkunden" für ihre Puppenkinder, die sie vor einem Jahr im Auftrag des Jugendamtes in Pflege übernommen haben. Zur Belohnung für die liebevolle Betreuung ihrer Puppen durften sie ihre "Pflegekinder" als Weihnachtsgeschenk behalten.

Zugleich wurden an 27 neue "Pfleagemütter" Puppen in Pflege gegeben. Sie nahmen sie mit dem Versprechen entgegen, die Puppen ein ganzes Jahr gut zu behandeln.

- - -

Medizinalratstitel-Verleihung  
=====

14. Dezember (RK) Der Bundespräsident hat Dr. Franz Petrik den Berufstitel Medizinalrat verliehen. Landeshauptmann Jonas überreichte heute früh dem verdienten Arzt das Dekret.

- - -

Schneebericht  
=====

14. Dezember (RK) In der vorigen Nacht hat es vor allem in den westlichen Bezirken geschneit. Noch während der Nacht wurde mit dem Bestreuen der Straßen, der Übergänge und der Stiegenanlagen begonnen. Heute tagsüber waren 858 eigene Bedienstete und 198 aufgenommene Schneearbeiter mit 95 Geräten und Lastfahrzeugen eingesetzt.

- - -